

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei w's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnemen: 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Unser geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir höflich, das Abonnement pro 2. Quartal 1886 auf das

„Berliner Volksblatt“
mit der Gratisbeilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

baldigst, jedenfalls so rechtzeitig aufzugeben, daß ihnen eine Nachzahlung von 10 Pf. Strafbestellgeld erspart bleibt. Außerdem wird durch eine verspätete Bestellung die regelmäßige Zuführung der Zeitung unterbrochen.

Der Abonnementspreis für das „Berliner Volksblatt“ beträgt nach wie vor

4 Mark pro 2 Quartal 1886

bei allen Reichspostanstalten.

Die Expedition des „Berliner Volksblatt“.
Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Zur öffentlichen Gesundheitspflege.

Im preussischen Abgeordnetenhaus fand jüngst eine sehr interessante Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Birchow und dem Kultusminister von Soller statt über die Maßregeln, welche gegen Epidemien zu treffen seien. Es ist keineswegs unsere Sache, das dort Gesagte abzuwägen zu wollen; im Gegentheil sind wir mit dem, was dort gesagt wurde, im Prinzip einverstanden. Oben wir doch schon so oft betont, daß die öffentliche Gesundheitspflege hinter dem, was zivilisirte Staaten leisten können, bedeutend zurücksteht, und läge es an uns, die Mittel für die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege zu bewilligen, so würden wir damit gar nicht sparsam sein. Vor allen Dingen ist unsere Meinung, daß die bisher gebräuchliche Art und Weise, wie man diese Sache behandelt hat, eine veraltete ist. Was nützen denn alle theoretischen Fortschritte der Wissenschaft, wenn man sich nicht entschließen kann, auch praktisch mit dem alten Bopf zu brechen. Herr Birchow hat ganz richtig seiner Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß man bezüglich der unter den Thieren ausbrechenden Seuchen ein besonderes darauf bezügliches Gesetz für notwendig halte, während man bei den Menschen ein solches für überflüssig zu erachten scheine. Er meinte dann weiter, es sei endlich an der Zeit, daß man feste Kommissionen bilde, welche sich mit den menschlichen Seuchen, deren Verbreitungsgebiet und deren Fortschritten, sowie mit den Mitteln zur Abwehr zu beschäftigen hätten. Man sollte nicht immer erst warten, bis die Seuche in ihrer vollen Intensität über uns hereinbräche.

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. E. Brachvogel.

(Fortsetzung)

„Ich hab' mir sagen lassen,“ murmelte Justus, „das soll gut sein. Er ist schon ganz kalt.“

Nach einer Weile befahl er Johann, nach dem kleinen Hennings zu sehen, den man nebenan schreien hörte.

„Den armen Jungen haben sie ganz allein gelassen,“ sagte Johann wieder eintretend. „Die Weisbleute sind alle auf und davon!“

„O gut, o schön! — Mag der Satan ihnen die Beine brechen! Nimm den Jungen sammt den Betten, Freund, trag' ihn zu meiner Frau, sie soll ihn abwarten, bis wir wissen, was mit dem Alten wird. Bitte auch Deine Frau, daß sie in die Küche geht und Pfefferminzthee kocht. Soll das Schade nicht sein, sie braucht ja nicht herrein zu kommen!“

Der Markthelfer stürzte fort, um Justus' Anordnungen Folge zu leisten, nahm unterwegs Schurrig die Ladenschlüssel ab und brachte sie nebst Edmund zu Schällein's Frau, dann rief er seine Beate nach der Küche. Sie verstand sich nach einigen Gegeneben dazu, und bald lehrte Johann an das Krankenbett zurück.

Schällein, dem der Schweiß aus allen Poren rann, bemerkte endlich zu seiner Genugthuung, daß sich der blaue, kalte Körper Hennings' zu röthen begann, die ohnmächtige Starrheit, welche nach dem ersten heftigen Erbrechen des Kaufmanns eingetreten, sich hob.

„Leg' noch mehr Holz an, Johann, es kann gar nicht warm genug sein. Der Alte soll uns schmoren, wie ein Beaten!“

Während der Diener noch Holz auflegte, brachte Beate den Thee, welcher dem Kranken eingeführt wurde, damit er im Schweiß gerathe. Die feste Furchlosigkeit und Thatkraft des Trödlers, wie die Erbitterung, daß alle Anderen, selbst die Grundmann und die Wärterin des Kleinen, feige

Das Alles sind unzweifelhaft ganz vortreffliche Anschauungen und es ist sicherlich auch erfreulich, daß der Kultusminister den Ausführungen des Dr. Birchow beigestimmt hat. Nur wünschten wir, daß den schönen Worten auch bald die schönen Thaten folgen möchten. Man sagte die ausgesprochene Idee in dem etwas doktrinar klingenden Wort „Medizinalreform“ zusammen. Nun, uns soll ein naheholenes Wort nicht stören, wenn nur die Ausführung prompt dahinter her kommt. Aber der Herr Kultusminister hat der Sache gleich wieder eine eigenhümliche Deutung gegeben; er hat gemeint, die Ärzte selbst müßten die einer Medizinalreform entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigen! Was soll das heißen? Sind die Ärzte denn ein Hinderniß dagegen, daß die von Herrn Birchow vorgeschlagenen festen Kommissionen gebildet werden können? Nun, wenn das der Fall ist, so hätte sich die Gesetzgebung doch eigentlich sehr wenig um ein solches Hinderniß, das sich nur auf den reinen Egoismus gründen könnte, zu bekümmern. Und ohnehin kann es doch nur eine gewisse Anzahl von Ärzten sein, die sich einer ernstlichen Medizinalreform in dem angebotenen Sinne widersetzen. Der Beruf der Ärzte bringt es mit sich, daß sie über das menschliche Elend besser unterrichtet sind, als so mancher Andere, und wer von ihnen ein fähiges Herz hat, der kann sich sicherlich auch nicht der Erkenntniß verschließen, daß für die öffentliche Gesundheitspflege mehr geschehen muß, als bisher der Fall war. Die Birchow'schen festen Kommissionen hätten den Vorzug, daß man einer Epidemie kaltblütig und mit wohlüberlegten Mitteln in ihren Anfängen gegenübertreten könnte. Gegenwärtig wartet man gewöhnlich, bis die Epidemien zu einer gewissen Höhe gelangt sind und dann herrscht vielfach Kopslosigkeit; es kommt vor, daß die Gelehrten sich noch über die Theorie streiten, während der Würgengel der Pest schon seine Opfer heischt.

Da könnte man denn freilich fragen: Aber haben wir denn nicht ein Reichsgesundheitsamt? Ist denn diese Behörde nicht dazu da, um Alles das zu thun, was von Birchow verlangt und vom Kultusminister im Allgemeinen zugesprochen worden ist? Aber wir wissen schon, woran es fehlt. Beim Reichsgesundheitsamt ist der Name viel schöner und großartiger als die Institution selbst. Diese Behörde, die eines absolut unpolitischen Charakter hat, ist unseres Erachtens mit zu wenig Mitteln und mit zu wenig Machtvollkommenheit überhaupt ausgestattet. Sonst würde es sich ganz von selber so gestaltet haben, daß das Reichsgesundheitsamt jene Rolle übernommen hätte, die Birchow den festen Kommissionen zuweist. Oder es müßte das Reichsgesundheitsamt doch im Stande sein, solche Kommissionen einzusetzen.

gestohlen seien, endlich das Mitleid für ihren verlassenen guten Herrn machten Johann und Beate rührig und ließen sie die eigene Angst vergessen.

Der Wagen des Physikus Nagel rollte herbei, Beate leuchtete dem alten Doktor die Treppe empor, und er eilte wortlos an's Bett des Kranken.

„Gottlob,“ sagte er nach kurzer Pause, „er hat ja wieder Lebensfarbe und Schwitz! Ist denn das freiwillig?“

„So freiwillig, Herr Doktor, als man in dieser Temperatur nur schwitzen kann, wenn Einem eine Stunde mit'n Pferdestriegeln zugesetzt wird!“ antwortete Schällein.

„Prächtigt! Woher haben Sie das, mein Lieber? Auch sah ich Sie ja noch nie bei Herrn Hennings!“

„Glaub's wohl! Ich bin Justus Schällein unten aus'm Keller. Alles rih' aus und ließ ihn hilflos im Bureau liegen, da hab' ich mich deam mit Johann seiner erbarmt!“

„Om, hm! — Das ist viel, das ist sehr viel!“ — Nagel setzte sich hin und schrieb das Rezept, welches Beate sofort machen ließ.

Inzwischen wurden warme Umschläge besorgt und heiße Steine für Hennings' Füße. Des Kranken lethargischer Zustand ließ endlich nach. Er erkannte gegen Morgen seine Umgebung, und sein großes graues Auge weilte mit eigenhümlichem Ausdruck auf Justus, der mit ihm wie eine Mutter mit ihrem willenlosen Kinde umsprang.

„Wird er auskommen, Herr Physikus?“ fragte nach mehreren Stunden Justus halblaut den beobachtenden Arzt.

„Allem Anschein nach, ja. Wir müssen indeß die Wirkung der Medizin ganz abwarten. Schwitzen ist die Hauptsache, kurz die strengste Pflege. Um acht Uhr bin ich wieder hier. Nehmt ihn ja vor Ertötung in Acht, der kleinste Rückfall ist sicherer Tod!“

Justus nickte und Dr. Nagel verließ das Haus.

Als der Tag laun graute, erschien der Polizeikommissarius des Reviers und ein sogenannter Choleraepidemiologe, besichtigten den Kranken, nahmen den Cholerafchein, welchen Dr. Nagel ausgestellt, und bezeichneten die Substanz für mit

Man vergleiche damit einmal, wie andere öffentliche Institutionen organisiert sind. Das Militärwesen kann uns hier gleich ein Beispiel bieten. Die Reichsarmee hat ihren großen Generalstab, der sofortig überwachet, wie sich die Seeresorganisationen anderer Länder gestalten, wie sich die Verbesserung der Waffen entwickelt und was Alles damit zusammenhängt. Man wird nicht leugnen wollen, daß beim großen Generalstab Alles auf's Vortreffliche organisiert ist. Und doch wäre eine Organisation zur Verhütung und Bekämpfung der Epidemien unserer Meinung nach ungleich wichtiger, als die Beaufsichtigung der militärischen Einrichtungen anderer Staaten; sie würde zur Verbesserung unserer inneren sozialökonomischen Verhältnisse unendlich mehr beitragen.

Dann aber kommt für uns die Hauptsache. Professor Birchow sowohl als der Kultusminister bleiben bei ihren Anregungen wie gewöhnlich auf dem halben oder viertels Wege stehen. Es kann heute für Niemand mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß zur Abwehr der Seuchen und Epidemien auch noch andere Dinge erforderlich sind, als eine Medizinalreform. Weit wichtiger als die Medizinalreform ist eben und bleibt die Sozialreform, von der die Medizinalreform nur ein kleines Stück ist, und zwar die Sozialreform nicht etwa im Sinne der Kranken- und Unfallversicherung, sondern voll und ganz auf die ökonomische Besserstellung der Arbeiterklasse gerichtet. Wer da weiß, daß große Massen unserer Bevölkerung kaum glaublich schlecht genährt und gekleidet sind, wer da weiß, daß sie ihr Leben in elenden Behausungen hinbringen müssen, daß sie oft kaum an Sonn- und Feiertagen Zeit zur Erholung haben, wer da weiß, daß der Zusammenhalt der Familie aufgehoben wird und den Kindern die nothwendigste Pflege durch die Eltern verloren geht, wenn die letzteren ihren körperlichen Unterhalt verdienen wollen, der wird auch begreifen, weshalb die hereinbrechenden Epidemien unter den Massen oft so reizend um sich greifen.

Die Ärzte allein können die Epidemien nicht abwehren; eine erhöhte Lebenshaltung der Volksmassen ist dazu unerlässlich. Leider haben sich Herr Birchow und Genossen von ihrer einseitigen Auffassung noch nicht belehren können und werden wohl auch in Zukunft schwerlich dahin gelangen.

Politische Uebersicht.

Zur Affaire Mahlow-Thring. Der Reichstagsabgeordnete Singer hatte seiner Zeit der königl. Staatsanwaltschaft zu weiterer Veranlassung Mittheilung von dem Ge-

dem gebräuchlichen Zeichen, verboten ferner jede Gemeinschaft der Krankenpfleger mit anderen Leuten und fügten, in sicherer Voraussetzung, daß Hennings so gut wie todt sei, hinzu, daß heute Abend der Sarg und in der Nacht des Leichenwagens kommen werde.

„Schön von Ihnen! Wünschen Sie vielleicht Herrn Hennings zu beerden?“ grinste Justus. — Die Beamten gingen achselzuckend fort; erfüllten sie doch nur ihre Pflicht.

In höchster Besorgniß hatte nämlich die Regierung verordnet, daß fernerhin bei jedem bedenklichen Fall der Sarg gleich ins Haus des Kranken geschickt und der Todte noch in derselben Nacht still begraben werde, damit längerer Stehen der Leichname nicht zu neuer Ansteckung beitrüge, und das Begräbniß am Tage nicht ferner auf die entsetzten Gemüther einen niederschlagenden Eindruck mache. Genügte doch schon die bloße Angst, um der Krankheit anheimzufallen.

Krochdem nun aber das Begräbniß Hennings' auf amtlichen Befehl vorbereitet wurde, erholte er sich wieder. Sein erstes Zeichen von Besserung benutzte er, Justus, der neben ihm saß und eine Pfeife schmauchte, gerührt die Hand zu drücken. Er wollte ihm danken.

„Still, Herr, sprechen Sie nicht! Es ist besser, Sie schonen sich; erzählen können wir uns später noch genug. Thun Sie doch der Stolatage nicht den Gefallen, zu sterben. Was haben Sie denn davon, es kommt noch, weiß Gott, zeitig genug. Alles im Hause ist in der schönsten Ordnung, der Kleine wohl aufgehoben, und Sie brauchen bloß gesund zu werden!“ Damit verwies er den Kranken zur Ruhe.

Mit der Ordnung im Hause aber stand es so so! Die Wärterin, welche in grenzenloser Unvernunft das Kind ihres Herrn verlassen, war aus Furcht nicht wiedergekommen, ebenso wenig die alte Grundmann; auch das Geschäft blieb mehrere Tage geschlossen. Herr Schurrig, der Buchhalter, fragte nur alle Morgen bei Schällein an, wie es siehe.

„Na, todt ist er noch nicht,“ lachte hämisch Justus,

haben des Geheimpolitikers Spring gemacht und darauf folgenden Bescheid erhalten:

Berlin, den 18. März 1886.

Auf die Anzeige vom 20. Februar d. J. gegen den Schutzmann Spring benachrichtigt ich Ew. Wohlgeborenherrn, daß ich nicht in der Lage bin, strafrechtlich einzuschreiten.

Spring ist im vergangenen Jahre mit der Ueberwachung der Mitglieder-Versammlungen des Arbeiter-Bezirksvereins für den Osten Berlins amtlich betraut worden. Um seiner Aufgabe ausreißend und unauffällig gerecht zu werden, hielt er es für zweckmäßig, dem Verein unter dem Namen Rathlow und Angabe seiner früheren Profession als Mechaniker beizutreten. Er hat auch, wie er sofort offen angegeben, in der Absicht, etwa auftauchende Risikofrauen zu begegnen, einer Anzahl von Mitgliedern des Vereins gelegentlich vertraulicher Bezeichnung das Verfahren einer Geheimchrift und ähnliche in weiteren Kreisen bekannte Operationen gezeigt. Sein erster amtlicher Bericht datirt vom 29. Dezember d. J. Noch am Tage des Eingangs desselben ist er von seinem Vorgesetzten angewiesen, sich vollständig passiv zu verhalten, und er verfiel, diesem Befehle durchweg Folge geleistet zu haben. Er hat demnach, bis seine Eigenschaft als Polizeibeamter entdeckt wurde, in einer Reihe ruhig und objektiv gehaltenen Berichte wichtige Beobachtungen, welche er in Sondervereinigungen hervorragender Mitglieder jenes Vereins machte, zur Anzeige gebracht, Beobachtungen, deren Tragweite von den Mitgliedern Christensen und Berndt gewiß am wenigsten unterschätzt sind.

Wenn nun der Privatlehrer Christensen die in Ihrer Anzeige ardeuteten überaus gröblichen Majestätsbeleidigungen dem Schutzmann Spring zur Last legt, so wird er sich wegen dieser Mitteilung an Ew. Wohlgeborenen aus dem deshalb erhobenen Strafamt gegen Spring wegen verleumderischer Beleidigung desselben zu verantworten haben, da er, wie er selbst einräumt, diese Thatsache nicht beweisen kann. Gegen Spring aber auf Grund des Zeugnisses des Christensen wegen jener angeblichen Majestätsbeleidigung einzuschreiten, erscheint nach dem oben Mitgetheilten völlig ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß er von seinem Vorgesetzten als ein zuverlässiger Beamter geschätzt wird.

Es kommt aber noch hinzu, daß er, wie er behauptet, den Christensen, zu welchem er im Anfang des Dezember die Majestätsbeleidigung geäußert haben soll, erst am 27. Dezember d. J., dem Tage seiner ersten Anwesenheit bei den nicht öffentlichen Sondervereinigungen, übergetreten sein will, eine Behauptung, die in seinen Berichten Unterstützung findet.

Die unter das Zeugnis des Tischlers Berndt und des Gutmachers Urban gestellten Thatsachen erfüllen nicht den Thatbestand einer strafbaren Handlung, insbesondere nicht den des Vergehens gegen die §§ 110, 111 und 49 a Straf-Gesetz-Buchs (vergl. Udsatz § 49 a), während aber auch durch die genannten Zeugen nicht erwiesen werden können. Hier steht nicht nur Aussage gegen Aussage, sondern es erscheint höchst unwahrscheinlich, daß Spring, während er die Rolle eines Parteigenossen spielte, hervorragenden Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins angetrathen haben soll, öffentliche Gebäude mittelst Dynamitbomben in die Luft zu sprengen, damit die herrschenden Klassen vor Verathung des Sozialistengesetzes Angst bekämen. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Attentat den auf Aufhebung des Gesetzes gerichteten Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei geradezu entgegen gewirkt haben würde, und es ist ganz unglauwbhaft, daß Spring einen so widerständig motivirten Rath, der ihn sofort verdächtig machen mußte, gegeben hat.

Aber auch ganz abgesehen von dieser Erwägung, stehen dem Berndt dieselben Bedenken der Glaubwürdigkeit entgegen, welche oben gegen Christensen erörtert sind. Der zur Zeit in Kummelsburg in Strafbhaft befindliche Gutmacher Urban hat sein Zeugnis zu polizeilichem Protokoll verweigert, seine gerichtliche Vernehmung herbeizuführen lag um so weniger Veranlassung vor, als er wiederholt bestraft ist, namentlich auch wegen Unterschlagung.

Der Erste Staatsanwalt.
Angern.

An
den Reichstagsabgeordneten
Herrn Paul Singer.

Es will uns scheinen, als ob der Herr Staatsanwalt sich gleich unter falschem Namen in einen Arbeiter-Verein eingeschlichen, und dort „Geheimchriften“ lehrte, gemacht hat und wir müssen nunmehr abwarten, was die Verhandlung gegen die angeklagten Zeugen Berndt und Christensen ergeben wird.

Vielleicht findet der Richter, welcher eine große Anzahl Zeugen über das Auftreten Spring's zur Verfügung haben wird, ebensowenig Veranlassung, „wegen verleumderischer Beleidigung“ zu verurtheilen, wie der Herr Staatsanwalt nicht in der Lage war, strafrechtlich gegen Spring einzuschreiten.

„Ich hoffe, er wird bald Kraft genug haben, alles Lumpen-voll aus seinem Hause zu schmeißen!“

Dieses Argument und Hennings' zunehmende Besserung, damals als ein halbes Wunder angestaunt, bewog Schurig am dritten Tage, nach diversen Räucherungen mit Chlor, Essig und süchtigen Essenzen, das Geschäft wieder zu öffnen, und das Personal lehrte sämmtlich, außer Wärtlerin und Köchin, wie der Grundmann, zu gewohnter Pflicht zurück. Der Sarg für Herrn Josua, welcher auf Befehl der Cholera-Deputation geliefert worden, fand keinen Abnehmer. Doch Justus, um lange Streitereien zu vermeiden, bezahlte ihn und ließ ihn lachend in seinen Keller bringen. „Qui, den behalt' ich gewiß als Ladenhüter für mich selber!“

Was es Hartnäckigkeit oder Stolz, kurz, Schällein sagte von den läuslichen Vorfällen Hennings kein Wort. Seine Frau pflegte nach wie vor den kleinen Edmund gleich einer Mutter, und das Kind des Trödlers und des reichen Kaufmanns spielten mit einander sorglos im dunklen Keller, oder auf dem Hofe, wo Christensens Auge über sie wachte. Phylisus Nagel indessen und Johann nebst Beate, besonders da letztere sich nun auf ihre Bravour was Rechtes zu Gute thaten, schwiegen um so weniger, und Hennings, der bereits ein paar Stunden auf dem Sopha zubringen durfte, erfuhr die ganze Größe von Justus' Aufopferung und daß derselbe allein mit Johann sich seiner angenommen habe, sein Sohn ferner bei der Tröblerin in Pflege sei.

Er hat Justus, welcher sich, nachdem alle Lebensgefahr vorüber, wieder in seinen unterirdischen Dachsbau zurückgezogen, sogleich zu sich.

Justus erschien und nickte fröhlich, da er seinen Patienten so gebessert sah.

„Schällein, lieber Schällein!“ und Josua's Stimme zitterte vor Rührung, als er den Trödler neben sich auf den Stuhl zog. „Ich hab' Ihnen so viel zu danken, daß ich nicht weiß, wo ich aufhören soll!“

„So fangen Sie nicht erst an! Danken Sie lieber Gott, daß es so gekommen ist. Verflucht genug haben Sie aus, als Sie im Komptoir lagen, wie ein Haufen zusammen-

Zur geschäftlichen Lage des Reichstages können wir den entgegengelesenen Nachrichten der Presse gegenüber aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß die zweite Verathung der Branntweinmonopol-Vorlage nicht nächsten Dienstag, sondern erst nächsten Freitag stattfindet. In die zweite Verathung des Sozialistengesetzes aber tritt der Reichstag Montag, den 29., oder Dienstag, den 30. d. Mts., ein. Wenn die Regierung keine neuen Vorlagen mehr macht, wird der Reichstag Mitte April geschlossen. Neuerdings aber verlautet, daß der Reichskanzler, nachdem das Monopol abgelehnt worden, es mit neuen Steuervorlagen, um höhere Erträge aus dem Branntwein für das Reich zu erhalten, versuchen wolle. Geschieht dies, dann allerdings müßte der Reichstag nach Ostern noch einmal zusammentreten.

Selbst den Nationalliberalen schlägt bei der Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes das Gewissen — sie suchen dasselbe zu reinigen und schauen sich nach Mitschuldigen um. Recht bezeichnend ist eine Exhortation des national-liberalen „Leipziger Tageblatt“, welche Stimmung für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu machen versucht. Hören wir: „Es kommt jetzt wesentlich darauf an, eine Form zu finden, welche den Ordnungsparteien die Annahme der Verlängerung ermöglicht, und in dieser Beziehung wird eine Verständigung zwischen den Konservativen und Nationalliberalen und beider mit der Regierung leicht zu erreichen sein. Die Sozialdemokraten im Reichstage behaupten, daß ohne das Sozialistengesetz der Polizeiwahl Kumpff noch am Leben wäre und daß Rost nicht die „Freiheit“ herausgäbe. Außerdem weisen sie darauf hin, daß der Fürcher „Sozialdemokrat“ trotz des Gesetzes regelmäßig in die Hände der deutschen Leser gelange und daß die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sich verdoppelt habe. Der Werth und der Umfang dieser Beweismittel können auf eine durchschlagende Wirkung keinen Anspruch erheben, denn die Herren Bebel und Genossen sind uns den Ausschluß darüber schuldig geblieben, was geschehen wäre, wenn das Sozialistengesetz nicht bestände. Die Ordnungsparteien hegen die Ueberzeugung, daß wir ohne das Gesetz nicht auskommen können, und diese Ueberzeugung ist auch bei anderen Parteien, beim Zentrum und bei den Freisinnigen vorhanden, wenn sie auch nicht ausgesprochen und sogar theilweise verleugnet wird. Bevor die Rollen vertauscht werden für die Abstimmung, wird sich Rauscher, der gegen die Verlängerung stimmen will, zuerst darüber orientiren, ob auch die Mehrheit der dafür Stimmenden gestimmt ist, ohne diese Sicherheit würde er es vorziehen, der Abstimmung fern zu bleiben.“ — Wir überlassen es natürlich dem Zentrum und den Deutschfreisinnigen, sich selbst mit den Nationalliberalen abzukunden, obwohl wir eingeschoben, daß das genannte Blatt mit seiner Hoffnung auf liberale und freisinnige Unterstützung gar nicht so unredlich hat, wenn man das frühere Verhalten dieser Parteien ins Auge faßt. — Wenn nun aber das nationalliberale Blatt soweit geht, sich bei Verlängerung des Sozialistengesetzes auf das Ausland zu berufen, so — doch wir wollen erst den betreffenden Passus abdrucken. Derselbe lautet: „England und Frankreich haben es bisher verstanden, dem Beispiel Deutschlands im Kampfe gegen den Sozialismus und Anarchismus Folge zu leisten; wir haben gesehen, mit welchen Nachtheilen für die öffentliche Sicherheit. In Oesterreich ist man anderer Meinung, dort hat man die Verfassung für Wien und die benachbarten Gerichtsbezirke theilweise außer Kraft gesetzt, um gegen den Anarchismus mit voller Nachsicht einzuschreiten zu können. In England geht die Gleichgültigkeit gegen anarchische Kundgebungen so weit.“ — Wir drachen oben den Satz ab, so — ja so erklären wir, daß ein nationalliberale Organ, welches bei Kulturfragen England und Frankreich verleugnet und sich auf das durch Ungarn und Slaven beherrschte Oesterreich beruft und gewiß auch demnach Rußland dem deutschen Vaterlande als Vorbild anempfehlen möchte, eine Schmach für Deutschland ist, ebenso wie es die sogenannte national-liberale Partei ist. Es ist in der That soweit gekommen, daß diese Partei die Helfershelferin der internationalen Reaktion geworden ist.

„Obstruktionspolitik“ treiben die konservativen Mitglieder der Wahlprüfungskommission des Reichstages, indem dieselben sämmtlich in den Sitzungen fehlen, um dieselben beschlußunfähig zu machen. So liegt jetzt die Absicht in der Wahlprüfungskommission vor, die Wahl des Abg. Vog (Kassel) für ungültig zu erklären. Dies Vorhaben vereiteln nun die Konservativen durch ihr „Schwänzen“ der Kommissionsitzungen. Und diese selben Leute sprechen von Obstruktionspolitik der Opposition? Sie, die einen gerechten Spruch durch solche heimlichen Mittel hintertreiben! Uebrigens würde die Beschlußfähigkeit der Wahlprüfungskommission leicht herzustellen sein, wenn nur die sämmtlichen Mitglieder der Opposition einmal am Blage wären.

Ueber das Urtheil in der Frankfurter Friedhofs-Affäre schreibt die „Volks Zig.“ sehr zutreffend: „Das Urtheil, welches die Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. gegen den Polizeikommissar Meyer wegen der Frankfurter

gefegter Lumpen. Das hat der liebe Gott so gewendet, nicht wir Menschen!“

„Justus, Sie haben wie ein barmherziger Samariter an mir gehandelt, und — ich, — ich schäm' mich — daß, — na daß ich Sie so lange in meinem Hause habe und doch nicht besser kennen lernte. Vor allen Dingen thun Sie mir nur den Gefallen und schicken Sie mir den Rindigungsbrief wieder, den ich Ihnen geschrieben habe. Sie bleiben, und wenn Sie in den Postamentierladen ziehen wollen, hören Sie, — so soll er nicht theurer sein, als der alte Keller, Freund. Ihre Frau hat sich meines armen verlassenen Jungen angenommen, da diese Brut, die ich überreich mit Wohlthaten gespickt, mich und ihn im Stiche ließ. Ich vergess' es Ihnen nie, Justus, beim ewigen Gott! Es ist eine Lehre vom Himmel, daß ein Reicher eben auch ein elender, hilfloser Wurm ist, Justus, und ein warmes, fühlendes Menschenherz in der Noth brauchen kann. Nie hab' ich mehr gefühlt, wie ich allein steh', als jetzt, und daß Sie mein einziger Freund gewesen!“

Thänen der Wehmuth und Dankbarkeit glitten Hennings über die Wangen, und er drückte des Trödlers Hand krampfhaft an sein Herz. Keine Jahre kam in Schällein's Auge, aber er jütete an Leib und Seele, seine Stimme war ungewiß, seine Rede abgebrochen.

Lieber Herr Hennings, regen Sie sich doch nicht auf. — Sehen Sie, ich bin ein verbitterter, spöttischer Reiz, es ist wahr, aber hier drinnen sieh's doch rechtschaffen aus. Ich hab' eben gar zu viel Schlimmes schon erfahren, und dadurch bin ich so hüßig geworden. War auch 'mal wohlhabend, — pah, nun handle ich mit Scherben und Lumpen! Aber ich verhat etwa mein Geld nicht! Wollt', ich hätt' es gethan, dann besäß' ich wenigstens die Erinnerung lustiger Stunden! Andere haben sich's von dem Weinigen wohl sein lassen und — Eh, daß ich eben zu gut und zu dumm war, muß ich jetzt büßen! Da Sie mir indessen den Laden geben, denk' ich, soll sich's schon besser machen, und mein Kind wird auch nicht mehr so bleich sein, wie in dem dumpfigen Keller.“

„Ist Ihr Lächeln denn tränklich? — Das geht nicht, Justus! — Hören Sie, im zweiten Stock ist eine

Friedhofsaffäre gefällt hat, wird in dem Rechtsbewußtsein der Volkes eine wohl ungeschänkte Zustimmung finden. Indem das Gericht dem Angeklagten mildere Umstände verleiht, kennzeichnet es genügend die Brutalität seiner Handlungsweise; indem es ihn aber zu dem strafrechtlich niedrigsten Maß von drei Monaten Gefängnis verurtheilt, berückichtigte es genügend den Umstand, daß die eigentliche Schwere der Schuld nicht auf den Meyer fällt, sondern auf das System, dem er diene, auf dasselbe System, welches jetzt durch die Verlängerung des Sozialistengesetzes sollent's zu einer dauernden Einrichtung des Deutschen Reichs gemacht werden soll.“ — Hierzu wollen wir noch bemerken, daß sämmtliche Polizeibeamte, die als Angeklagte und Zeugen vor dem Gerichtshof standen, den Eindruck machten, als ob sie die Schuld von sich selbst auf einen anderen schieben wollten.

„In der Berliner Sozialdemokratie und Arbeiterwelt — schreibt die „Nationalzig.“ vom 18. März — herrscht augenblicklich reges Leben. Außer den zahlreichen Gewerkschafts-versammlungen, die sich ausschließlich mit der Lohnfrage und einem eventuellen Streik beschäftigen, finden täglich Volks-versammlungen statt, die jedes Mal von tausenden von Arbeitern besucht sind. In Folge des Tages des Reichstags befinden sich die Leiter der Berliner Sozialdemokratie in der günstigsten Lage, in der Reihenfolge der Redner bunte Abwechslung eintreten lassen zu können. Im vorigen Jahre gestattete die Polizei meistens nur die Volksversammlungen, in denen Singer als Referent angekündigt war. In diesem Jahre läßt die Polizei den Sozialdemokraten die volle Versammlungsfreiheit, alle sozialdemokratischen Abgeordneten können ungehindert als Redner auftreten. So erörtert jetzt Hafenclement seit 8 Jahren hier nicht sprechen durfte, wöchentlich mehrere Male vor seinen Bestimmungsgenossen die brennenden politischen und sozialen Fragen; Liebknecht, Luer, Kayser, Pfannkuch u. s. w. haben wiederholt in Volksversammlungen und in den Arbeiter-Bezirksvereinen gesprochen; nur Bebel ist bis jetzt auf der Rednertribüne in einer Volksversammlung nicht erschienen; für morgen ist er jedoch als Redner angekündigt. Alle diese Volksversammlungen sind, wie gesagt, von Tausenden besucht und verlaufen in ihrer Mehrzahl ruhig. In den meisten Volksversammlungen wird aber bereits auf die nächsten Reichstagswahlen hingewiesen, die Parteigenossen werden aufgefordert, die Agitation auf den 2. und 3. Wahlkreis, die man das nächste Mal erobern müsse, zu konzentriren. Angesichts dieser rastlosen Arbeit der Sozialdemokraten werden die Liberalen bei den nächsten Wahlen noch schwereren Stand als 1884 am 28. Oktober haben; und datum möge man in liberalen Kreisen nicht mehr vornehm die Hände in den Schoß legen.“ — An welche Liberalen richtet die „Nationalzig.“ eigentlich ihre väterlichen Ermahnungen? Der deutsche Freisinn war ihr in der letzten Zeit immer ein Dorn im Auge, für ihn wird sie doch kaum sorgen. Sollten die Nationalliberalen etwa sich zu neuer Krasiprobe rüsten? Sie dürften allerdings bei den nächsten Wahlen gar keinen „Stand“ mehr haben! Oder ist die „Nationalzig.“ in ihrer beängstigten Wandlungsfähigkeit nunmehr wieder bei dem deutschen Freisinn angelangt? Dann wird sie freilich bei den nächsten Wahlen auch keine Freude in Berlin erleben.

Frankreich.

Am Jahrestag der Kommune (18. März) waren in Paris alle Truppen und Polizeimannschaften zum Ausrücken bereit. Die musterhafte Selbstbeherrschung der Arbeiter hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt. Keine Spur von Tumulten und Straßenkumgebungen, da die Führer dieses widertrathen hatten und die Denkfrier bloß in seitlichen Vereinigungen begehen wollten. Einige anarchische Hülfskräfte sollen allerdings im neunzehnten Stadtbezirk Rufe zu bewaffneter Erhebung angestrichen haben, die Arbeiter haben sich aber natürlich zu solchen Selbstmordversuchen, die ganz anderen Leuten zu gute kämen, nicht verleiten lassen.

Belgien.

In Lüttich hat der Jahrestag der Pariser Kommune die beschäftigungslosen Arbeiter zu einer Kundgebung veranlaßt. Polizei und Truppen waren konsignirt, fanden aber keine Gelegenheit zum Einschreiten.

Großbritannien.

Die Regierung befindet sich gegenwärtig in allerlei Verlegenheiten. Ministerkrisis, Aufgabe des Sudan, Birma — überall Niederlagen oder Verwidelungen. Es läßt sich aber die hinterindischen Zustände die „Pol. Korresp.“ folgendes aus London schreiben: Die Eroberung von Birma macht den Engländern noch immer viel zu schaffen, und die inneren Schwierigkeiten der Sache werden durch die Ansprüche Chinas vermehrt. Die chinesische Diplomatie in Europa hat an die englische Regierung das Gerücht gerichtet, daß Bhama, am Fluße Irrawaddy, mit dem umliegenden Gebiete an das chinesische Reich abgetreten werde. Es ist aber nicht die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die englische Regierung diesem Wunsche Rechnung tragen wird, da der Besitz von Bhama für die englischen Interessen in jenem Gebiete unentbehrlich ist. Die Engländer bestehen darauf, daß der Fluß

große Hinterstube leer, ziehen Sie hinein bis Neujahr! Was? Und — und Sie müssen mir noch Eins zu Gefallen thun!“

„Ich? Ihnen? Wär' doch neugierig —!“

„Aber übel nehmen müssen Sie's auch nicht, Freund, 's ist ein ganz kaufmännischer Vorschlag!“

„Na was denn?“

„Ich hab' da tausend Thaler müßig im Sekretär, ich kann keine ordentliche Hypothek beschaffen, die sicher ist und nicht gar zu schlechte Zinsen trägt. Das Geld — zu vier Prozent können Sie's haben!“

„Schwere Noth!“ Justus prallte auf und ging im Zimmer auf und nieder. „Das ist eine zu — zu große Versuchung, Herr Hennings! Solch' Erbietungen müssen Sie einem armen Manne nicht machen! Es ist nicht recht!“

„Justus, ich bitte Sie herzlich, nehmen Sie das Geld doch! Reimen Sie denn, wenn ich gestorben wär', die tausend Thaler hätten sie ruhig in der Schublade liegen lassen, dieses Gefindel, das mich verließ? —“

„Auf vier Jahre Jahre und zu fünf Prozent, andert nicht!“

„Gut, Schällein, wie Sie wollen. Morgen soll der Notar die Geschichte abmachen, nehmen Sie nur indessen das Geld mit!“ Er hand langsam auf, öffnete den Sekretär und zählte das Geld hin. Mit feuchten, sunkelnden Augen strich es Schällein ein und dankte tief und bewegt.

„Nichts da, mein Alter! Geh, geh und sinn, wir profitabel Ihr's anlegt. Noch Eins, Justus, kann ich meinen Lungen denn noch nicht sehen?“

„Rein, Herr Hennings. Sie sind noch zu angegriffen, und besser ist besser. Fragen Sie morgen den Dr. Nagel, dann mögen Sie in Gottesnamen den kleinen Bengel wieder haben!“

Beide Männer schüttelten einander mit freudiger Bewegung die Hände, und Schällein stieg mit recht wunderbaren Gefühlen die Kellertreppe hinab.

Christine saß bei den Kindern und nähte.
(Fortsetzung folgt.)

Travaddy vollständig in ihren Besitz gelange, und sie bedürfen
Dhams in erster Linie, um eine Handelsstraße für die Ein-
führung der englischen Manufaktur-Erzeugnisse in die reichen
Provinzen von Siam und Pannan zu eröffnen, ferner um
eine Eisenbahnlinie zwischen Birma und Kalkutta zu bauen.
Diese Linie würde durch ein Mineralien sehr reiche Gebirge
ziehen, zur Beförderung der bisher nicht niedergeworfenen bir-
manischen Stämme wesentlich beitragen und den Eisenbahnern
in Siam chinesische Arbeiter zuführen, deren Erfahrung in dem
Bau dieser Bahnen für die ersten von größerem Werte
wäre. China hat sein erwünschtes Verlangen auf die
Sugareräte, die es über die Könige von Birma ausge-
übt zu haben behauptet. England erkennt das Bestehen dieser
Rechte nicht an, ist aber, um dem Streite ein Ende zu machen,
bereit, die ehemalige Tributleistung des Königs von Birma
seinerseits weiter zu zahlen und die englische Grenze in dem
Gebirge von Kachin, zwanzig Kilometer südlich von Dhama
festzusetzen. Es wäre dies eine natürliche Grenze zwischen
England und China, und es ist wahrscheinlich, daß der eng-
lische Vorschlag zur Lösung dieser Schwierigkeit angenommen
werden wird.

Eine den Beschäftigungslosen in Manchester
abgegebene Erklärung der Stadtbehörden, daß sie den Arbeitern
augenblicklich keine Arbeit könnten, rief am Donnerstag
eine Kundgebung von Arbeitern hervor. Ein großer Haufe
versammelte sich vor dem Stadthause. Einige verlorne Ge-
sellen benutzten die Zeit wieder den Ausfall, um die Fenster
eines großen Lederwarengeschäftes zu zertrümmern. Weitere
Ausbreitungen sind, wie selbst Wolffs Telegraphenbureau zu-
geht, nicht vorgekommen.

Rußland.

Aus Petersburg wird berichtet, der Zar und die
Zarin würden Anfangs Mai von der Krim aus nach
Nowoscherak auf den Don-Rosalen gehen, um denselben ihres
Sohnes, den Thronfolger, vorzuführen. Sie werden Ende Mai
hier zurückkehren. Schon heute wird von den „umfassenden
Sicherheitsmaßnahmen“ gesprochen, welche an allen Punkten der
Reiseroute getroffen werden sollen!

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Maler Berlin. Kollegen! In erster Sache
treten wir heute an Euch heran und appellieren an Eure Liebe
zu unserer großen, edlen Sache. Die Euch Allen bekannt sein
wird, hat sich in Berlin am 1. Juni v. J. ein Gewerkschafts-
Verband der Maler und Berufsgenossen über ganz Deutschland konstituiert.
Der Zweck des Vereins ist die Beförderung der geistigen und
materiellen Lage seiner Mitglieder auf gesetzlichem Wege. Wir
benutzen das den Arbeitern durch Gesetz zugesprochene Recht,
sich zum Zweck ihrer ökonomischen Besserstellung vereinigen zu
dürfen. Ist doch allein die Besserung aller das einzige
Mittel zur dauernden Aufhebung unserer so tief traurigen
Lohnverhältnisse. Sagt, wie wollten wir anders unsere Lage
verbessern, als durch eine große, alle umfassende Organisation.
Leicht fällt der Einzelne, der den Muth hat, sich gegen die
Vergewaltigung seines Arbeitgebers aufzulehnen, als Opfer
seiner Ueberzeugung. Die Vereinigung, die Gesammtheit aber
hat den Respekt für sich, man wird sich gewungen sehen, mit
ihr zu rechnen. Kollegen! Blickt auf die Errungenschaften an-
derer Organisationen, sehen wir ihnen Aken nicht bescheid
gegenüber? Mühen wir uns nicht gefiehn, daß wir bisher
nichts zu leisten im Stande waren? Und nun fragt Euch:
Warum dieses traurige Resultat, warum? Weil wir uns nicht
zu ermannen vermögen, weil der Geist der Kollegialität voll-
ständig verloren gegangen ist, weil kleinliche und einseitige
Bedenken des Einzelnen uns stets hindern in den Weg ge-
treten sind. Also, Kollegen, ermannet Euch, steht fest zu-
sammen, tretet dem Gewerkschaftsverband bei, und der Erfolg ist uns
sicher, wenn wir nur die Kraft und den guten Willen haben,
brüderlich mit einander zu verkehren und uns zu be-
rathen. Wir sind daher im Vertrauen auf Eure Beihilfe be-
reit, in eine energische Lohnbewegung einzutreten. Es ist nicht
unser Wunsch, uns schroff und feindselig den Meistern gegen-
über zu stellen, auf dem Wege der Güte werden wir versuchen,
einen Vergleich anzubahnen, und sollte dieses fehlschlagen,
dann wollen und müssen wir mit aller Energie unsere be-
rechtigten Forderungen auf eine andere Weise durchzubringen
suchen. Nur durch ein festes und mannhaftes Auftreten, durch
ein festes Zusammenhalten werden wir den Hohnschlägen ge-
wisser Herren Prinzipale begegnen können; die Forderungen
einer geschlossenen Masse müssen berücksichtigt werden, man
kann sie nicht zurückweisen. Bedenkt die jetzige Lage unseres
Geschäfts, und Ihr könnt Euch der Ansicht nicht erwehren,
daß die Lohnverhältnisse dringend einer Verbesserung bedürfen.
Wir haben an die Meister Berlin und Umgegend folgende
Forderungen gestellt: 1) Die Einführung eines Maximal-
Arbeitstages von 9 Stunden, Arbeitszeit von Morgens 7 Uhr
bis Abends 6 Uhr, mit Einschluß 1/2 Stunde Frühstückspause,
1 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Vesper. 2) Die Ein-
führung eines Minimallohnes von 24 M. pro Woche. 3) Be-

seitigung der Akkord-, Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit. 4) In
nachweislich dringenden Fällen aber sind für die Ueberstunde oder
für die Stunde am Sonntag 75 Pfennig zu zahlen.
Kollegen! Wir glauben, daß die Forderung gerecht ist, wir
bitten Euch nochmals, fest zu uns zu stehen; die Erfahrung
lehrt uns ja Alle, daß selbst die tüchtigsten und brauchbarsten
Arbeiter, nach jahrelanger pflichtgetreuer Arbeit bei einem
Meister, unbarmerzig auf's Häßlichste gesiegt werden, wenn ihre
Arbeitskraft dem Herrn Prinzipal nicht mehr genug leistet;
daraus schaffst Euch wenigstens für die Zeit, wo Ihr noch nicht
der Gnade Eurer Brodherren verfallen seid, einen den heutigen
Lohnverhältnissen angemessenen Lohn. Nur eine einheitliche
Organisation, wie sie schon durch die Gründung des Vereins
angebahnt, kann alle jetzt bestehenden Mißstände beseitigen.
Kollegen! Agitiert in Euren Werkstätten, sucht immer mehr zu
unserer Verbindung heranzuziehen, und vor allen Dingen
wählt Euch einen Vertrauensmann in jeder Werkstätte, der mit
der Lohnkommission in Verbindung zu treten hat. Pflicht des
Betreffenden wird es sein, für die gewissenhafte Einlösung und
Ablieferung der Beiträge Sorge zu tragen, sowie erforder-
lichen Falls der Lohnkommission über unwürdige Arbeits-
verhältnisse in seiner Werkstätte Bericht zu erstatten. Aber
wählt zu diesen Aemtern nur Solche, von denen Ihr überzeugt
seid, daß sie mit Ernst und Eifer gewillt sind, für unsere ge-
rechte Sache einzutreten. Also vorwärts, und der Sieg ist
unser. Mit kollegialischem Gruß: Die Lohnkommission der
Malergehilfen Berlin. J. A.: L. Buchholz.

**hs. Die Forderungen des Programms der dies-
jährigen Berliner Tapezierer-Gehilfen-Lohnbewegung,**
welche den Prinzipalen und Meistern der hiesigen Tapezier-
gewerbes im Laufe des heutigen oder morgigen Tages, also
noch vor dem eigentlichen, für Sonnabend, den 20. v. M.,
andauernden Verarbeiten der Gehilfen an die Unternehmer in
den einzelnen Werkstätten, von der Gehilfenlohnkommission als
„Ultimatum“ zugestellt werden, lauten gemäß jenem Hinführer
an die Prinzipalschaft ausführlich wie folgt: 1. Vom 20. März
v. J. ab dauert die tägliche Arbeitszeit 9 1/2 Stunden einschließ-
lich einer einviertelstündigen Pause für Frühstück und Vesper.
2. Der Minimallohn für mindestleistende Gehilfen beträgt
22 M. 50 Pf. wöchentlich. Tägliche, meisteinstenfalls Gehilfen
erhalten entsprechend mehr. 3. Ueberstunden- und Sonntags-
arbeit ist nur in ganz dringenden Fällen statthaft. 4. Die
Stück- (oder Akkord-) Arbeit ist mehr und mehr schärfendster
Abschaffung einzuschränken und zu vermeiden. Gehilfen, welche
die Stückerarbeit im Einverständnis mit dem Prinzipal trotzdem
ausüben, haben sich nach dem (im vorigen Herbst aufge-
stellten und schon zum großen Theile durchgeführten) Minimal-
Stücklohn-Taxi zu richten und nicht unter demselben zu
arbeiten, gleichviel welcher Art die Ausführung der Arbeit sei.“

**Neuerungen der Unzufriedenheit mit den bisher er-
reichten Stufen der Arbeiterversicherung** lauten
jetzt bereits an allen Ecken und die Bewirrung kann eine
heißlose werden, wenn sich die Regierung erst einmal auf das
schwierige Gebiet der Altersversorgung wagt, um daß sie nun
seit Jahren herumgeht, wie die Rage um den heißen Brei. Bei
der Unfallversicherung ist es besonders der schmerzliche und so-
zialpolitische Apparat der Berufsgenossenschaften, der den Verheilten
lästig fällt. Die Bildung großer, über das ganze Reich hin-
wegreichender Berufsgenossenschaften mit zahlreichen Sektionen und
einer aus Delegiertenwahlen hervorgegangenen Generalversammlung
ist in der Regel ein Mißgriff gewesen. Es giebt Berufs-
genossenschaften, deren Vorstand seine erste und wichtigste Auf-
gabe, ein vollständiges und zuverlässiges Genossenschaftskataster
aufzustellen, heute noch nicht zu Ende geführt hat. Heute,
die früher zu den begeistertsten Verehrern der „nationalen Idee“
großer Reichsberufsgenossenschaften gehörten, verwerfen heute
bereits die losspielige Sektionsbildung. Am schnellsten und
verhältnismäßig am besten sind — nach der „Dresd. Morgen-
zeitung“ — diejenigen Industriellen unter Dach und Fach ge-
kommen, denen es vorgeht, was für ihre Provinz oder einen
Landestheil von mäßiger Größe eine leistungsfähige eigene
Berufsgenossenschaft unter Zustimmung des Bundesrates zu
bilden. Hier regelt sich alles schon um deswillen leichter und
besser, weil die Betriebsunternehmer größtentheils einander
kennen und alle Vorgänge vom Sitz der Genossenschaft aus
sich ungefähr übersehen und kontrollieren lassen. — Aber auch
solche Vorstände, denen die Arbeit hiernach minder schwer als
anderen fällt, haben oft Fragen gegenüber, die ihnen vergel-
liches Kopfzerbrechen verursachen. Um ein Beispiel anzudeuten.
Der Bestimmung im § 5 des Gesetzes zufolge beginnt die
Leistung der Berufsgenossenschaft für solche Personen, die auf
den Bezug einer Rente Anspruch haben, erst mit der vier-
zehnten Woche, welche auf den Tag des Unfalls folgt. Bis
dahin ist die Krankenkasse resp. von der fünften Woche ab,
in Verbindung mit ihr, der Betriebsunternehmer zur Fürsorge
verpflichtet. Hierbei wird jedoch immer schweigend voraus-
gesetzt, daß der Verletzte noch nicht geheilt, noch der Kranken-
pflege bedürftig ist. Diese Voraussetzung trifft aber in Folge
der großen Fortschritte, welche die neuere Chirurgie in der
Behandlung von Wunden gemacht hat, häufig nicht zu. Es
sind Fälle bekannt, wo Arbeiter, denen sofort nach dem Unfall

ein Vorderarm abgelöst werden mußte, fünf Wochen später
als vollständig geheilt aus der ärztlichen Behandlung entlassen
werden konnten. In solchem Falle hört die Krankenkasse natür-
lich auf zu zahlen, für Besuche ist sie nicht leistungspflichtig,
und so kann die verunglückte Person in eine höchst
traurige Lage kommen, und zwar zu einer Zeit, wo ihr der
Beleggeber durch die Erhöhung des „Krankengeldes“ auf den
Zweidrittelbetrag des Arbeitsverdienstes eine reichliche Unter-
stützung zugebacht hatte. Die Genossenschaft kann vor Ablauf
der 13. Woche mit ihren Leistungen nicht beginnen. Borgen
wird man dem Bezugsberechtigten aber nicht leicht etwas, weil
die zu erwartenden Rentenbezüge nicht mit rechtlicher Wirkung
verpfändet werden können. (§ 68 U.-L.-G.) — Das Kranken-
kassengesetz steht allerdings außer der eigentlichen Krankenunter-
stützung auch eine Entschädigung für die Erwerbslosigkeit vor,
welche durch Krankheit herbeigeführt ist. Aber ist „Versäumlung“
gleichbedeutend mit Krankheit? Dem allgemeinen Sprach-
gebrauch entspräche eine solche Gleichstellung wohl nicht. Es
scheint also hier eine Lücke in den Gesetzen vorhanden zu sein,
auf deren Ausfüllung man sich Bedacht nehmen muß. —
Ein anderer Fall. Befanlich richtet sich die Höhe der Rente,
welche dem Beschädigten zu gewährt ist, nach dem Grade der
Erwerbsunfähigkeit, welche durch die erlittene Verletzung ein-
getreten ist. Die Genossenschaften können, wenn die mög-
lichen Verhältnisse sich ändern, eine Erhöhung oder Ermä-
ßigung der festgesetzten Rente eintreten lassen. Immer vor-
ausgesetzt ist aber, daß bei Ablauf der 13. Woche eine totale
oder partielle Erwerbsunfähigkeit vorhanden war, also irgend
eine Entschädigungsbestimmung von Amtswegen bald erforder-
lich wurde, oder daß dem Vorstände innerhalb der zweijährigen
präklusivischen Frist (vergl. § 59 U.-L.-G.) ein Entschädigungs-
anspruch angemeldet wird. Nun kann es doch sehr leicht vor-
kommen, daß eine nur wenig versäumte Person, welche
z. B. einen Finger oder ein paar Fingerglieder verloren,
oder eine feste Hand behalten hat, zunächst unter ganz un-
veränderter Bedingung von dem Betriebsleiter wieder an-
genommen und zwei Jahre lang oder länger weiter be-
schäftigt wird. Es siele also für den Genossenschaftsvorstand
die Aufgabe hinweg, dem Beschädigten eine Rente auszuweisen,
und dieser hätte auch keinen Anlaß, einen Anspruch anzu-
melden. Wenn aber nach Jahren der betreffende Betrieb ein-
gestellt wird und der Arbeiter genöthigt ist, sich nach anderer
Beschäftigung umzusehen, so findet er nachträglich, daß seine
Erwerbsfähigkeit gestört ist. In manchen Fällen wird aller-
dings die Bestimmung im zweiten Alinea des § 59 des
Unfallversicherungsgesetzes dem Verletzten zu Gute kommen,
lautend:

„Nach Ablauf dieser (zweijährigen) Frist ist der An-
meldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich
glaubhaft bescheinigt wird, daß die Folgen des Unfalls
erst später bemerkbar geworden sind oder daß der Ent-
schädigungsberechtigte von der Verfolgung seines An-
spruches durch außerhalb seines Willens liegende Ver-
hältnisse abgehalten worden ist.“
—
aber die Aussicht, auf diese Weise doch noch zu einer Aner-
kennung des Anspruchs zu kommen, ist eine sehr unsichere. Die
„Dresdener Morgenzeitung“ erwartet hier von der Royalität des
Vorstandes resp. der mit den Schadensfestsetzungen betrauten
Richtschüsse, daß sie in vorkommenden Fällen etwa durch Aus-
setzung des Beschlusses oder motivierte zeitweilige Ablehnung
einer Entschädigung selbst die Hand dazu bieten werden, daß
dem Beschädigten sein Recht gewahrt bleibe — aber einem
Beleggeber, der an dem guten Willen der ausführenden
Organe appellieren muß, um seine Schützlinge nicht zu Schaden
kommen zu lassen, kann man gewiß keine glückliche Hand nach-
rühmen.

Der „Korrespondent“, das Organ der deutschen Buch-
drucker und Schriftsetzer, wendet sich neuerdings gegen die
„Arbeiterpartei“ mit einer Leidenschaftlichkeit, die uns nicht
mehr verständlich ist. Daß das Blatt etwas an uns auszusagen,
so sind wir stets gern zu Rede und Gegende bereit. Aber
Schmähungen und Unwahrheiten gegen uns zu schleudern, das
entspricht weder der Würde eines Arbeiterblattes, noch kann es
uns im Geringsten irren machen in unserem Streben, in dem wir
uns mit der großen Mehrheit der ganzen deutschen Arbeiter-
schaft einig wissen. Der „Korrespondent“ entnimmt schleswig-
schen Zeitungen „die interessante Thatsache, daß der Führer der
sogen. „Arbeiterpartei“ in Schleswig-Holstein, Schneider Heinkel
aus Kiel, in einer in Flensburg abgehaltenen Wahlversammlung
dieser Partei die Einführung eines Inzeratenmonopols
zu Gunsten der (politischen) Gemeinden als wirksamstes Mittel
zur Vernichtung der Presse empfahl.“ Das genügt
dem „Korrespondent“, um uns vorzuwerfen, wir wollten die
Buchdruckergehilfen außer Brod setzen, „um bei der dann natur-
gemäß entstehenden Noth wahrscheinlich für die Parteizwecke eine
reiche Ernte zu halten“. Wir wollen keinen unnützen Streit erregen
und stellen daher nur folgende Thatsachen fest. Einmal schenkt der
„Korrespondent“ ohne Weiteres gegnerischen Blättern Glauben,
obwohl er doch wissen könnte, welche systematischen Fälschungen
diese Blätter sich erlauben, wenn sie den Arbeitern Schaden
können. Von „Vernichtung der Presse“ ist unsererseits nie-

Aus Kunst und Leben.

Im Ostend-Theater findet die bereits erwähnte Benefiz-
Vorstellung von „Maria Stuart“ bestimmt heute (Sonnabend,
den 20.) statt, und zwar wird Frä. Clara Meyer in der Titel-
rolle und Herr Eugen Müller als „Wortimer“ gastiren, wäh-
rend der Benefiziant Herr Zwenger den „Decester“ spielt.

Ueber die Schiffbrüchigen an deutschen Küsten, die
Zahl der Geretteten und die Art der Rettung bringt die letzte
Nummer der vom Vorstände der deutschen Gesellschaft zur
Rettung Schiffbrüchiger herausgegebenen Vierteljahrsschrift
„Von den Küsten und aus See“ (Verlag von Dietrich und
Wicheln in Bremen) eine interessante Zusammenstellung.
Danach sind unter lediglicher Berücksichtigung der schwereren
Seeunfälle, in den letzten 20 Jahren nachweislich durch Schiff-
brüche an deutschen Küsten gefährdet gewesen 3524 Personen.
Hiervon sind nachweislich gerettet 8755, nachweislich un-
gekommen 769 Personen. Gerettet wurden durch eigene Hilfe
3778, durch Hilfe seitens Anderer 4976 und zwar durch die
Stationen der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger
1578, durch Privathilfe vom Lande 1888, durch Hilfe von
Schiffen in See 1813. Die Zahl der Gefährdeten und Ge-
retteten ist natürlich in den verschiedenen Jahren eine sehr ver-
schiedene, je nachdem die Witterungsverhältnisse derselben der
Schiffahrt günstiger oder ungünstiger waren. Die höchste
Zahl der Gefährdeten und Geretteten wies das Jahr 1872
auf mit 793 und 745 Personen, die geringste Zahl das Jahr
1885 mit 191 und 172 Personen. Die größte Zahl der durch
Stationen der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger
geretteten Personen ergab das Jahr 1873 mit 145 Personen,
die geringste das Jahr 1879 mit 12 Personen. Im Durch-
schnitt sind jährlich durch Schiffbrüche an deutschen Küsten
gefährdet gewesen 472 Personen, gerettet 438, umgekommen 38
Personen. Von den 438 Personen wurden durchschnittlich 189
durch Selbsthilfe, 249 durch Hilfe Anderer und zwar 79 durch
Rettungsstationen, 79 durch Privathilfe vom Lande und 91
durch Hilfe von Schiffen in See gerettet. Gegenüber der
Gesamtheit der an unseren Küsten durch Schiffbruch ge-
fährdeten Personen ist nach obigen Zahlen die Gesamtzahl
der Geretteten sicher eine recht erfreuliche.

Panik im Theater. Ein plötzlich ausgebrochenes Feuer
lönte unter den Theaterbesuchern kaum größere Panik hervor-
rufen, als jüngst das plötzliche Erscheinen einer riesigen Katze
auf der Bühne des Opernhauses in Richmond in Virginien

dort unter Sängern, Musikern und dem Publikum des Pa-
raquet Entsetzen und allgemeines Flächeln hervorgerufen hat.
Es war gerade während einer rührenden Lieblingszene, der
erste Tenor versicherte in den höchsten Tönen der angebeteten
Primadonna, daß Tod und Hölle ihn nicht von der Seite
seiner Geliebten treiben würden, als plötzlich das Fatum in Ge-
stalt einer großen Katze auftrat, welche die Klänge der Musik
wahrscheinlich aus den Tiefen des Kellers hervorgerollt hatte,
und welche nun auf die Liebenden losrannte. Die Primadonna
fiel natürlich in Ohnmacht, der Tenor vergaß seine Eidschwüre
und lief, statt den Degen zu ziehen, davon. Die Katze,
ebenso erschrocken wie er, sprang von der Bühne herab ins
Orchester, dem Schläger der großen Trommel grobmäßig in
den Schooß. Der schlug wie ein Unknüttler mit dem Pauken-
stock auf sich, worauf die Katze flüchtend den übrigen Musik-
kern zwischen die Beine lief; diese waren nun ihrerseits die
Instrumente von sich und ließen auf die Stühle, aber der
schwarze Störenfried sprang über die Orchesterbrüstung in's
Parquet, unter die — Damen. Die nun folgende Szene
spottet jeder Beschreibung. Der eine Theil des Publikums be-
tont Nachtrümpfe, der andere Weintrümpfe, die Damen, welche
nicht in Ohnmacht fielen, sprangen auf, hielten ihre Kleider
fest an den Leib gepreßt oder stützten auf die Säge hinaus.
Zur Uebersicht der Herren sei es gesagt, sie benahmen sich nicht
viel besser. Manche von ihnen nahmen vor der Katze Reiß-
aus; so groß wurde die Panik, daß man sich schließlich ge-
zwungen sah, die Noththüren aufzureißen. Einer der anwesenden
Offiziere zog endlich den Degen und machte dem Urheber
all des Unheils mit einem wohlgezielten Hiebe den Garauß,
worauf sich nach und nach Alles beruhigte und die unter-
brochene Vorstellung ihren Fortgang nehmen konnte.

Das Eisenbahnunglück bei Montecarlo. Dem „Gla-
zeur“ von Nizza entnehmen wir folgendes über die Eisenbahn-
katastrophe: Schon am Mittwoch Abend, nachdem die Nach-
richt von der Katastrophe eingelaufen, verfügte sich der Polizei-
Kommissär des Bahnhofes von Nizza unverzüglich nach
Roquebrune, um eine vorläufige Untersuchung einzuleiten.
Nach seinen Erhebungen trägt nicht der Chef dieser Station,
sondern ein Kondukteur der ersten Klasse die Schuld; dieser
aber vertheidigt sich gleichfalls und behauptet, die nächste
Station anvisiert zu haben, kann sich jedoch nur auf das Zeug-
niß von zwei Männern berufen. Die leider verunglückt sind,
nämlich auf den Raseninseln Domergue und auf den Jug-
führer Ferand. Drei Waggons und ein Gepäckwagen des von
Nizza abgegangenen Zuges 483 waren gestürzt; man fand in

ihnen einen Todten und die stark verwundete Familie Novaro.
Der auf Montecarlo abgelaufene Zug 502 war ärger mitgenom-
men; auf ihm befanden sich die Familie Bricur, vier Choristen
des Kafinos in Montecarlo in Gesellschaft von zwei Fräulein;
sie erlitten sämmtlich, wie auch die Schwiegermutter des Be-
sizers des „Grand Hotel“, starke Verletzungen. Die Eisenbahn-
Gesellschaft dürfte eine Entschädigungssumme von anderthalb
Millionen Franken für die Opfer zu tragen haben.

Der längste Tunnel der Welt. Ueber den gegenwärtig
mit größter Energie betriebenen Bau einer neuen Wasserlei-
tung für die Stadt Newyork werden im „Mouvement indus-
triell“ interessante Mittheilungen gemacht. Die schon bestehende
Wasserleitung Newyorks wurde im Jahre 1852 mit einem
Kostenaufwande von 70 Mill. Frks. hergestellt; für die heutige
Bevölkerung der Riesengestalt genügt selbstverständlich jene Lei-
tung nicht mehr und man sah sich deshalb genöthigt, den Bau
einer zweiten Wasserleitung in Angriff zu nehmen. Es gebührt
diesem Unternehmen zu dem Großtathigen, was sich denken läßt.
Es muß nämlich, um das Wasser des Fronton-Sees in die
Reservoirs in Newyork zu leiten, ein 46 km langer Tunnel
unter der Erdoberfläche getrieben werden. In Schichten von
je 3000 Mann sind 6000 Arbeiter Tag und Nacht beschäftigt,
um dieses Riesewerk auszuführen. Um letzteres von mög-
lichst vielen Angriffspunkten aus gleichzeitig beginnen zu
können, wurden 26 Schächte gegraben. Jeder Unter-
nehmer arbeitet vom Boden seines Schachtes aus
nach beiden Richtungen gleichzeitig, so daß die Arbeiter je-
weilen in der Mitte zwischen zwei Schächten aufeinanderstoßen
werden. Ueber 100 Bohrmaschinen sind beständig in Thätig-
keit und zur Förderung des Schuttes und Gesteins werden
gewaltige Hebevorrichtungen verwendet. Das Unternehmen, dessen
Gesamtkosten auf 300 Mill. Frks. berechnet sind, wird erst in
zwei Jahren beendet sein. Man hätte dieselben zwar ganz
bedeutend verringern können, aber auf Kosten der Fertig-
stellungszeit, wenn man nämlich die Zahl der Schächte und An-
griffspunkte vermindert hätte. Gemäß dem Grundsatz „Zeit
ist Geld“, haben die Amerikaner es vorgezogen, nicht das letz-
tere, sondern das erstere zu sparen. Bemerkenswerth ist,
daß dieser Tunnel alle bisherigen ähnlichen Bauten übertrifft und
gleichwohl am wenigsten Zeit zu seiner Ausführung in An-
spruch nimmt. Am Rioni-Genis-Tunnel (12620 m) hat man
14 Jahre gearbeitet, der Gattard-Tunnel (14900 m) wurde
in 8 Jahren vollendet und für den Alderg-Tunnel (10270 m)
war eben so viel Zeit erforderlich.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung vom 19. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Burchard und Kommissarien.

Eingegangen sind zwei Gegenwürfe, betreffend einen Zusatz zu § 5 des Zolltarifgesetzes und betreffend die Abänderung des Servistarifs und die Klasseneinteilung der Dote.

Vor der Tagesordnung verlangt das Wort der Abg. Richter: Der Abg. Graf Behr hat am 19. Februar seine frühere Behauptung, daß der verstorbene Abg. Queter bei den Wahlversammlungen den Wörtern je 100 M. für Riehe des Lokals, Freibier, Zigarren &c. gegeben habe, zwar insofern eingeschränkt, als er zugegeben hat, daß er in der Erregung des Augenblicks „überall“ gesagt habe, wo es vielleicht nur in einzelnen Fällen vorgekommen sei; er hat diese letztere Angabe aber aufrecht erhalten, bis der Gegenbeweis erbracht sei. Obwohl diese Forderung eines Gegenbeweises eine ganz ungewöhnliche ist, hat sich das liberale Wahlkomitee in Greifswald in dankbarer Erinnerung an den von der Bevölkerung sehr hochgeschätzten Abg. Dr. Queter für verpflichtet erachtet, diesen Gegenbeweis, soweit es irgend in seinen Kräften lag, durch die umfangreichsten Ermittlungen zu erbringen. Die Resultate derselben liegen mir hier vor. Mit Genehmigung des Präsidenten bringe ich zur Kenntnis des Hauses 1. eine gemeinschaftliche Erklärung der Herren Pfeilitz, A. F. Müller, C. Jahnke, Prof. Dr. Susmühl und Käste, welche den Abg. Queter auf den Wahlreisen begleitet haben und nichts davon wissen, daß derselbe den Wörtern Geld gegeben oder angeboten habe. 2. Entlassungen von 12 Inhabern von Lokalen, in denen Queter gesprochen, welche befreit von dem Abgeordneten Queter Geld für Riehe, Freibier &c. erhalten zu haben. Die einzige dieser Erklärungen, welche einen Anhalt geben könnte, ist die des Gastwirts Borgwardt in Laffan, der ausführt, daß der Abg. Queter nur sein Zimmer und was er genossen bezahlt, daß dagegen ein Herr aus Wolgast, als Queter bereits abgereist war, nach dem Preise des Saales getragt, und als der Wirth erklärte, es koste nichts, wozu Queter Freibier gegeben. Der betr. Gastwirth fügte hinzu, daß er bei der Rede des Gegenstandes Vondrahs v. Jagow ebenfalls keine Saalmiete genommen, daß aber auch dabei vier Artikel Freibier gegeben und von einem Arbeiter bezahlt seien. 3. Die Inhaber von drei Lokalen sind inzwischen gestorben; diejenigen aber, welche die Vorgänge in denselben miterlebt haben, bezugnehmend, daß ihres Wissens der Abg. Queter keinerlei Geld für Riehe, Freibier &c. gegeben. Dasselbe haben 4. vor Augen erklärt die Inhaber der noch lebenden Lokale in Wolgast und Gütrow. Ob hiermit der von dem Abg. Grafen Behr verlangte Gegenbeweis geführt ist, stelle ich Ihrer Urtheilung anheim. Die Konsequenzen aus diesen Mittheilungen zu ziehen, wird Sache des Abg. Graf Behr sein. (Redner legt die Erklärungen auf den Tisch des Hauses nieder.)

Abg. Graf v. Behr: Als dieser Gegenstand hier zur Sprache kam, erklärte ich ausdrücklich, daß es mir durchaus fern gelegen habe, gegen die Ehre des betreffenden Herrn anzugehen, und daß ich ihm nichts Ehrenrühriges habe nachsagen wollen. Ich hob dabei hervor, daß ich bis auf Weiteres keine Veranlassung hätte, die Auslagen meiner Gewährsmänner fallen zu lassen. Ich füge dem jetzt hinzu, daß, wenn mir im Voraus klar geworden wäre, daß ich dem betreffenden Herrn einen sittlichen Vorwurf zum Vorwurf gemacht hätte, es mir ganz fern gelegen haben würde, trotz der starken Provokation von der Gegenseite, den Namen des Verstorbenen zu nennen. Ich nehme nun nach den Mittheilungen des Abg. Richter gar keinen Anstand, die von mir gethanen Äußerungen zurückzunehmen, da ich die Auslagen meiner Gewährsmänner nicht mehr glaube aufrecht halten zu können; dieselben sind von einer irrig-n Auffassung ausgegangen. Ich kann aber versichern, daß ich bona fide gehandelt und auch nur so den Namen des verstorbenen Abg. Queter in die Debatte gezogen habe. (Beifall.)

Das Haus tritt nunmehr in die dritte Berathung des Gegenwurfs, betr. die Erhebung einer Schiffsabgabe auf der Unterweser ein.

Abg. Windthorst: Es kann nicht meine Absicht sein,

die Beschlüsse zweiter Lesung rückgängig zu machen, aber ich halte sie jedenfalls für verfehlt getroffen. Ein so großartiges Unternehmen, wie das der Stadt Bremen, hat etwas Blendendes, wobei manches übersehen wird. Hätte man früher denselben Gedanken gehabt, so wäre vieles an der Unterweser nicht geschehen, Bremerhaven vielleicht nicht entstanden, Geestemünde sicher nicht so eingerichtet sein, wie es ist, und auch in Ostfriesland und Brauk wären manche Kosten erspart. Und wenn Bremen den Zweck seines Projektes erreicht, so müssen diese Blöße stillständig oder rückgängig eisen. Wäre die Sache nicht so rapide hier gemacht, so würden die Remonstrationen von dort noch zahlreicher eingehen, als es schon der Fall ist; mir gehen sie täglich zu. Ob das Projekt für Bremen rentabel ist, das zu prüfen, ist Sache der Bremer Herren, die besser unterrichtet sind und besser rechnen können als ich; denn das verstehen sie meisterhaft. (Heiterkeit.) Ich hätte erwartet, daß die preussisch. und oldenburgische Regierung uns näher dargelegt hätten, wie sie von Geestemünde resp. von Brauk und Ostfriesland die Nachteile des Projektes abzumenden gedenken. Auch die Kommission hat sich darüber keine Sicherheit verschafft. Sodann wird, wenn die Weser bis Bremen große Schiffe tragen soll, die Fluth weiter hinaufbringen und die anliegenden Grundstücke, namentlich die Marschweiden sehr leicht und oft mit Meerwasser, also mit Salzwasser überfluthen und ihre Fruchtbarkeit schädigen. Man will auch Vorrichtungen treffen, um das Eindringen des Seewassers zu verhüten und die nöthige Bewässerung mit Flußwasser zu beschaffen, und es werde darüber zwischen den drei Weststaaten verhandelt. Die Verträge darüber müßte man doch zuvor kennen, um sicher zu sein, daß das Projekt keinen Schaden stiftet; sie müßten dem Reichstag zugleich mit der Vorlage vorgelegt werden, die ohne dieselben für die Beschlußfassung nicht reif ist. Aus jenen Verträgen werden erhebliche Kosten für Bewässerung und Entwässerung erwachsen, die Bremen zu tragen haben wird. Das Alles muß vorher geordnet und festgelegt sein, ehe die Arbeit beginnt. In jedem Fall dürfen die Blöße an der Unterweser nicht ganz leer ausgeben; man muß die Eisenbahnverbindungen und den Verkehr der Bäche besser ordnen als bisher, so daß Bremerhaven, Brauk und Ostfriesland mit Bremen konkurriren können, und nicht dadurch, daß Bremen wesentlich der Knotenpunkt wird, an dem alle Bäche anhalten, noch einen neuen und doppelten Verlust erleiden. Die Hauptfrage ist, daß die Blöße an der Unterweser durch richtige Einrichtung der Eisenbahnen und der Bäche mit Bremen konkurrensfähig erhalten werden. Daß endlich mit Annahme der Vorlage eine Verfassungsänderung verbunden ist, ist für mich unzweifelhaft.

Abg. Gebhard: In dem früheren Stadium, als die Bremer Handelskammer, nicht der bremische Staat, die Sache behandelte, suchte sie nachzuweisen, daß eigentlich Bremen und das Reich ein größeres Interesse zur Sache habe als Bremen, und daher die Kosten auf diese drei zu vertheilen seien. Jetzt ist aber die Voraussetzung eine andere: der bremische Staat hat sich die Auffassung seiner Handelskammer nicht angeeignet, will die Korrektur lediglich auf eigene Kosten herstellen und verlangt nur, durch Erhebung einer Abgabe die Verzinsung, Tilgung und Unterhaltung ausbringen zu können. Da trat nun an die Unterweserplage die Frage heran, ob sie gegen diese Vorlage beim Reichstag Schritte thun sollten. Sie konnten aber auf deren Erfolg nicht rechnen, da die preussische Regierung ihren Hafenplatz Geestemünde durch das Projekt nicht als gefährdet erachtete und der Reichstag ihm seine Sympathie in sehr hohem Grade bewies. Nach Vertiefung der Unterweser, also nach 6 Jahren, werden nahezu 1/3 der Schiffe, die jetzt in jenen Bächen einlaufen, bis Bremen hinausgehen, ihre Benachtheiligung leuchtet also ein, und die Vorlage selbst erkennt dieselbe durch die Berechnung an, daß Schiffe von 650 000 Register alsdann bis Bremen gelangen. Aber außerdem werden Geschäfte in jenen Bächen ihr Domizil nach Bremen verlegen, die sehr rührigen Kolghändler in Geestemünde sind jetzt schon davon überzeugt. Dazu der Verlust an Passagierverkehr. Es würde wohl anders gekommen sein, wenn die Sache nicht so eilig betrieben worden wäre. Aber die Regierungen werden jetzt daran denken müssen, in der einen oder anderen Weise für die Unterweserplage Fürsorge zu treffen für die Nachteile, die sie erleiden werden.

Syndikus, Deputirter, Präfeld und Minister werden können.

„So viel verlange ich nicht; mir genügen Liebe und Freiheit.“

„Reisen Sie mit dem nächsten Dampfer.“

Böhlerscheu mit Geld, sowie mit den besten Empfehlungen an die herausragendsten Persönlichkeiten fuhr Mustapha nach Italien, erstand ein Besitzthum mit prächtigem Palaste und erwarb ohne jegliche Schwierigkeit die Naturalisation, in Folge deren er alle bürgerlichen Rechte erhielt. Das Klima sagte ihm sehr zu, die Frauen fand er hübsch, den Wein vorzüglich, den Tabak — erbärmlich schlecht; da indes der etwas zweideutige Ruf der Regiegarven bis nach Konstantinopel gedrungen war, so hatte er sich mit türkischem Tabak hinlänglich versehen und hatte keine Vergiftung zu befürchten.

Der erobrerungslustige Mustapha nahm sich nunmehr vor, das Reich zu durchwandern und zu erspähen, wo die Frauen am lieblichstesten wären. Die Liebe will gesucht sein — die Freiheit aber kam ihm entgegen.

Ein höflicher Gerichtsdiener brachte ihm die Einladung zur Theilnahme an einer Session des Schwurgerichts.

„Zum Gerichte?“ rief der Mameluke überrascht aus.

„Das ist ja, glaub' ich, der Ort, wo die Verbrecher verurtheilt werden!“

„Zuweilen,“ antwortete der Bote.

„Und die Ehrenmänner?“

„Immer!“ ergänzte der Gerichtsdiener.

„Ich bin ein Ehrenmann,“ sagte der Mameluke.

„Gerade deshalb wurde Ihre Exzellenz verurtheilt, als Schwürner zu erscheinen.“

„Aber ich soll in wichtiger Angelegenheit verreisen.“

„Sie müssen, um eines Ihrer wichtigsten Rechte ausüben zu können, die Reise verschließen, andernfalls können Sie persönlich bei dem Gerichtshof reklamiren.“

Abg. Barth: Der Abg. Windthorst hatte keinen Grund, die Verfassungsfrage als in der Kommission und im Hause nicht genügend berücksichtigt zu bezeichnen. Die Kommission hat sie vielmehr sehr eingehend untersucht und ihren Referenten (Pflaferott) ausdrücklich mit der gestern von ihm abgegebenen Erklärung beauftragt, daß auch sie die Abweichung der Vorlage von Art. 54 der Verfassung anerkenne, aber durch die Erklärung des Staatssekretärs von Boetticher, die erforderliche Majorität für die Verfassungsänderung sei im Bundesrat vorhanden gewesen, wie seine Zustimmung zur Vorlage beweise, vollständig befriedigt sei. Auch die übrigen Punkte des Antrages, für die der Abg. Windthorst noch Orientierung und Information verlangt, sind seit Jahr und Tag in den Reihen der maßgebenden Interessenten sehr gründlich erörtert worden, und die Zustimmung Breukens und Oldenburgs zu dem Projekt beweist doch wohl, daß die Interessen dieser Staaten genügend gewahrt sind. Ich wünsche, daß sich Genossenschaften bilden, welche die unteren Bäche auch anderer deutscher Ströme reguliren. Wenn der Unterweserplage Bremens anderwärts Nachahmung findet, so würden leicht aus den Mitteln derjenigen, die den Nutzen davon haben, noch weitere so großartige Unternehmungen ins Leben gerufen werden können, wie die Verschließung der unteren Weser für die große Seeschifffahrt. (Beifall.)

Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Die zweite Berathung des Zuckersteuergesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Gehlert (kons.): Dies Gesetz sollte eigentlich heißen: Gesetz zur Subvention der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft. Alle Achtung vor der persönlichen Integrität und Autorität der Mitglieder der Enquete, auf welche die Vorlage sich stützt, aber diese Herren müssen mein äußerstes Mißtrauen hervorrufen, weil sie es sind, welche die Subvention für sich verlangen. Die Materialbesteuerung ist eine ungleiche und ungerechte, überhaupt eine steuerrechtliche Ungeheuerlichkeit. Wir sollen hier ein Gesetz machen, dem jede statistische Unterlage fehlt. Warum halten noch so Viele an der Materialsteuer fest? Weil sie ein Feigenblatt für die Subvention des Staates ist. Wollte hier Jemand offen und bestimmt eine Subvention für das Zuckerergewerbe fordern, er würde wohl nicht zum zweiten Mal in den Reichstag gewählt werden. Anders unter dem Heildunkel der Materialsteuerreform. Sie ist aber auch eine ungleiche Steuerreform: sie frangulirt nach oben und privilegiert nach unten hin. Wir haben mit der bisherigen Subventionirung lediglich England genützt. Ich finde, daß dieses System uns zum Objekt der Heiterkeit der Engländer gemacht hat. Ist die deutsche Industrie gesund, wozu dann die Subvention? Sollen wir die Gesundheit gesund machen? Ist sie krank, dann beseitigen Sie die Ursache der Krankheit, die Materialsteuer und damit die Staatsubvention. Offen gesagt: Die Zuckerindustrie ist jetzt nichts anderes als eine Staatsindustrie der allerältesten Form. Derjenige Theil der Zuckerindustrie, dessen ganze Existenz mit der Staatskasse anfängt und aufhört, muß zu Grunde gehen, je eher je besser für die gesunde Theile, welche aus dem Markt ihrer Knochen ihre Kräfte ziehen. Zahlreiche Existenzen sollen auf dem Spiele stehen, das mag sein. Aber soll der Staat jetzt den Verlust repariren, nachdem der Bindel der Spekulation auf die Gegenseite gefallen ist? Es ist wahr, meine Wähler haben mich nicht hierher geschickt, um gegen die Regierung eine oppositionelle Rede zu halten. (Heiterkeit links.) Aber ich bin kein Byzantiner, der der Regierung Unfehlbarkeit zuspricht. Ich habe die aufrichtige Überzeugung, daß die Regierung auch bei dieser Vorlage von den allerbesten Absichten geleitet ist, aber sie befindet sich in einem schweren Irrthum. Auf wen wollte sie auch nur einen Theil ihrer Verantwortung abwälzen? Auf die Enquete doch gewiß nicht. Auf den Reichstag? Wir haben ja kein parlamentarische Regiment, und Gott sei Dank, daß wir es nicht haben; denn offenbar sind in dieser Frage unbewusste Unterstellungen im Parlament vorhanden, die sich mit dem Staatsinteresse nicht völlig decken. Ich glaube der Regierung niemals treuer zur Seite gestanden zu haben, als in diesem Augenblick, wo ich herzlich wünsche, daß Alles abgelehnt wird, was uns vorliegt, und daß die Regierung eine Niederlage erleide. (Beifall links.)

Abg. Graf v. Daxe (liberal): Der Staatssekretär von

Kustuf der Geschwornen verlas der Sekretär die Namen der um Dispensation eingekommenen Würdenträger, unter denen sich auch Mustapha befand. Als Mameluke hat er des ehrenvollen Amtes entbunden zu werden, mit der Ausrede, die Landessprache nicht zu verstehen und Anderes mehr.

Seine Exzellenz der Herr Präsident befrag hierüber die Regierung, welche antwortete, daß das Gesetz die Mameluken keineswegs von dem Gerichte ausschließe, wenn sie italienische Bürger geworden seien und darauf verfuhr, der Herr Mustapha, obgleich Mameluke, habe als Geschwornen zu funktionieren.

„Ich will durchaus frei sein und werde meine Gründe durch einen Advokaten geltend machen lassen.“

„Das Urtheil bleibt unwiderrücklich,“ erwiderte der Präsident, „verfügen Sie sich also ruhig an Ihren Platz.“

Ein Blick des Brigadiers der königlichen Wache überzeugte ihn, daß jeder Widerstand unnütz wäre.

„Eine bittere Pille,“ dachte der Mameluke, indem er sich ins Unvermeidliche schickte, seinen Platz einnahm und leise murmelte: „Während ich Liebe und Freiheit suchte, sitze ich wie angenagelt vor Verbrechern, welche weit besser dran sind, als ich, indem sie wenigstens einen Advokaten zur Vertheidigung erhalten. Nie hätte ich geglaubt, daß im Lande der Freiheit ehrliche Bürger schlimmer gehalten sind als die Spitzhüben.“

Der arme Mustapha, gewohnt, mit gekreuzten Beinen auf dem Divan zu sitzen, mußte sich nun der europäischen Sitte unbehaglich, seine Pfeife entbehren, hungern anstatt zu frühstücken und stundenlang in der schwülen Hitze des Gerichtssaales verharren. Schmerzlich gedachte er seiner gescheiterten Reisepläne; schließlich tröstete ihn die Hoffnung, seine Rechte als italienischer Bürger würden ihm andere Vortheile gewähren.

Es begannen jetzt die komplizirten Verhandlungen eines Prozesses betreffend Körperverletzung, — das lange Ablesen der Verhöre, das Moralitätszeugniß des Angeklagten, alle Variationen desselben Gegenstandes; zugleich sah man das Messer und die blutigen Kleider des Opfers, als Zeichen der Wuth und des Hasses im Lande der Liebe.

Geschichte eines Mameluken.

Nach dem Italienischen des Cacciamiga.

Die Vorsehung beschließt die Mameluken. Der Bizekönig von Egypten, Mehmet Ali, ließ bei den Feiern zu Ehren seines Sohnes am 1. März 1811 vierhundertsechzig Mameluken enthaupten und beschloß die vollständige Ausrottung der Rasse, als er mit innerem Wohlbehagen die abgehauenen Köpfe betrachtete. Anno 1814 fand ein neues Gemethel statt, durch welches man das Gemethel vertilgt glaubte; aber man dachte dabei nicht an die kleinen kleinen Pflanzlinge auf dem Lande, welche fröhlich aufsproßten und bald nach allen Himmelsgegenenden auszuwanderten, so daß die ganze Welt sich mit Mameluken füllte.

Abul Zabel, einer der Geretteten, hatte es in Konstantinopel zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht, das bei seinem Tod auf Mustapha, seinen einzigen Sohn, überging. Mustapha verbrachte die Zeit in seinem Ritzel am Bosphorus, unter dem Schatten der Zypressen, von Obalisten und türkischen Pfeifen umgeben. Auf weichen, mit persischen Teppichen belegten Rissen ruhend, fand er inmitten der Rauchwolken eines herrlich duftenden Labals, daß er doch nicht glücklich sei.

Bei den türkischen Frauen vermischte er die wahre Liebe, in Konstantinopel die Freiheit.

So entschloß er sich denn, nach diesen beiden Gütern schmachtend, seine Heimath verlassen und sein Ideal in Europa zu suchen. Unsicher, welches Land er vorziehen sollte, wandte er sich an einen in Pera wohnenden italienischen Kaufmann, den er vertrauensvoll um Auskunft und Rath bat. Selbstverständlich empfahl ihm derselbe Italien und schilderte ihm die Halbinsel als eine der glücklichsten Regionen der Erde.

„Welche Aufnahme finden aber dort die Mameluken?“ fragte ihn Mustapha.

„Eine vortheilhafte, wie jeder Fremde. Lassen Sie sich naturalisiren. Durch ein königliches Dekret erwirkt jeder Mameluke die Rechte eines italienischen Bürgers mit allen damit verbundenen Vortheilen, so daß Sie

Durchard hat für den Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage die Coequalität in Aussicht gestellt, daß unsere ganze jüdische Steuererhebung im August ins Freie fallen und das Gesetz von 1869 wieder in Kraft treten könne. Hätte er uns die Möglichkeit des Eintritts dieses Falles schon in der Kommission nahe gelegt, so wären wir jetzt jedenfalls weiter als wir sind; aber in der Kommission haben sich die Regierungsvertreter zu allen Antzügen neutral verhalten und nur die Regierungsvorlage verteidigt. Daß die Melassesteuer undurchführbar sein soll, kann ich nicht einsehen, zumal der Kommissionsvortrag auch für die Steuerverwaltung genügend sichere Kriterien zur Durchführung der Melassesteuer und der Bonifikation enthält; das wird anfangs schädlich, später aber von dauerndem Nutzen sein. Soll die bestehende Ungleichheit beseitigt werden, so sehe ich dafür kein anderes Mittel, als die Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Melassesteuer. Wenn die Regierung nur positiv an der Reform mitwirken wollen, so hoffe ich, zwischen der 2. und 3. Lesung wird sich noch spatium finden für einen zweckentsprechenden Ausgleich der sich jetzt noch belämpfenden Ansichten.

Abg. Dr. Müller (Sangerh.) (nat. lib.) bedauert sehr, daß seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen leider die Erklärung abgegeben worden, daß die von der Kommission vorgeschlagene Korrektur der Zuckersteuer keine Aussicht auf Annahme hat, namentlich hätten ihn die gegen eine Besteuerung der Melasse vorgebrachten Gründe wegen der Schwierigkeiten der Unterscheidung und Kontrolle nicht überzeugen können; jedenfalls bewillige die Steuerverwaltung andere größere Schwierigkeiten. Durch die Melassesteuer glauben wir die von der Regierung geredete gewünschte Melasse aus der Zuckerindustrie zu erreichen und diesen nötigen Betrag auf billige Art und Weise auf Industrie, Landwirtschaft und Konsum zu verteilen. Schließlich befragte der Redner im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit, auch der Melasse die „Fällmasse“ gleichzusetzen und demgemäß diese hinter dem Worte „Melasse“ einzuschalten.

Geheimrath Voccius: Die Regierungsvertreter haben in der Kommission darüber keinen Zweifel gelassen, daß alle daselbst gestellten Vorschläge für die Regierung unannehmbar seien. Dazu gehörte auch die besondere Besteuerung der Melasse. Diese Erklärung involviert für den Fall des Scheiterns der Vorlage die Coequalität des Wiederantritts des Gesetzes von 1869. Der Abgeordnete Graf Hade hat zur Begründung der Melassesteuer kein neues Argument angeführt. Die Schwierigkeit der Ausführung dieser Steuer wird von den verehrten Herren begreiflicher Weise nicht so hoch veranschlagt, wie von der Regierung, welcher die Ausführung obliegt und der man mangelnde Umficht Schuld geben kann, wenn die Sache in praxi nicht geht. Vor Allem fehlt es an einer festen Umgrenzung des Begriffs Melasse. Man würde immer darauf angewiesen sein, den Ab- und Zugang von Melasse in jeder Fabrik steueramtlich zu kontrollieren. Auch das vom Redner gestellte Amendement der Einfügung des Wortes „Fällmasse“ hinter Melasse, bitte ich Sie, abzulehnen; denn dann müßten Sie jeden Rohzucker mit einer Zulassungssteuer belasten, weil jeder Rohzucker, auch der beste, ein Quantum Melasse enthält. Wenn ferner die Ausbeute aus der Melasse besonders besteuert werden sollte, dann müßten Sie ja auch die besseren Rüben höher besteuern, weil aus ihnen eine höhere Ausbeute möglich ist; und Sie kämen dadurch zur Rübenqualitätssteuer. Ein sehr wesentliches Bedenken liegt aber darin, daß durch die Melassebesteuerung eine Verminderung der Ausfuhr bewirkt würde. Man wird doch damit sehr vorsichtig sein müssen, und Sie betreten mit der Melassesteuer eine sehr abschüssige Bahn, die Sie zu ganz anderen, als den von Ihnen erstrebten Zielen führt. Es ist daher sehr wohl gethan, wenn Sie diese Maßregel verlassen und die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Wege betreten. Eine Reform ist ja von allen Seiten als dringend notwendig anerkannt.

Abg. Pfaffert: Ich hätte erwartet, daß die Regierung meinen Antrag nicht von vornherein verurtheilen würde. Es ist jedenfalls der praktischste Vermittlungsvorschlag. Der Kommission habe derselbe auch schon vorgelegen; dort erklärte der Geheimrath Voccius, daß der Antrag zwar einen guten Steuertrag verpriehe, daß er aber trotzdem unannehmbar sei, weil er auf die Fabriksteuer hinweise. Gerade aus diesem Grunde ist er gestellt worden. Denn ich bin der Ansicht, daß wir über kurz oder lang doch zur Fabriksteuer werden greifen müssen. Herr Nobbe hob damals hervor, daß der Antrag zu einer Vertheuerung des Zuckers und damit zu einer Verminderung des Konsums führen werde. Wenn mein Antrag angenommen würde, würde das Pfund Zucker um 4 Pf. theurer werden. Ich würde das nicht beklagen, denn ich halte den Zucker für ein zweckentsprechendes Steuerobjekt.

Abg. Trimborn: Ich siehe principiell auf dem Boden der Regierungsvorlage. Männer von praktischer Lebenserfahrung, die nicht um schöner Ideen willen das Beste in Gefahr bringen wollen, sehen auf meiner Seite. Ich unterlasse es zu

wiederholen, was gestern und heute zu Gunsten der Regierungsvorlagen vorgebracht ist. Ich bin der Meinung, daß der von der Regierung vorgeschlagene Weg der gangbare ist. Dazu führt mich die Erwägung, daß dieser Weg schon früher mit Erfolg betreten ist. Schon drimal haben wir, den Fortschritten der Technik und Landwirtschaft folgend, die Rübensteuer erhöht, und dabei hat sich Landwirtschaft und Industrie wohl befunden. Wenn heute, allerdings etwas spät, die Bundesregierungen denselben Weg einschlagen, so können sie sich auf die früheren Erfolge berufen. Ich habe Ihnen zunächst vorgeschlagen, daß der unterste Vergütungssatz festgesetzt werde auf 80 pC. Polarisation. Mein zweiter Antrag soll eine vegetarische Bestimmung und dem jetzigen Zuckersteuergesetz entsprechen, indem er bestimmt, daß der Zucker, der über 99 1/2 pC. polarisirt und der Würfe zuder in die höchste Bonifikationsklasse gesetzt wird. (Die weitere Begründung dieser Vorschläge bleibt bei der ankaltenden Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.)

Fundkommissar Geh. Rath Frick ersucht, den Antrag Trimborn abzulehnen. Die Verantwortung der Frage, ob die Zuckerfabrikate nicht bloß nach Form und Refination, sondern auch nach Rohgüte der Polarisation in die erste Bonifikationsklasse anzureihen seien, müßten erst technische Untersuchungen bezüglich der Wirkung eines solchen Modus vorhergehen; die Annahme des Antrags würde also die Regierung im jetzigen Augenblick unvorbereitet treffen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Rohland (Herabsetzung der Rübensteuer auf 12 Mark und der Ausfuhrvergütung auf 12 Mark gegen die Stimmen der Freikönigen und der Elbflößer, darauf der Antrag G. v. Stalberg (Beibehaltung der Rübensteuer von 1,60 M. per 100 Kilo und Herabsetzung der Bonifikation von 18 M. auf 17,40 resp. 16,40 M.) gegen die Stimmen der Polen und einestheils der Freikönigen und der beiden konservativen Parteien, endlich auch die Kommissions- und die Regierungsvorlage abgelehnt. Für die Kommissionsbeschlüsse stimmen die Volkspartei und die Elbflößer geschlossen, alle übrigen Parteien sind gespalten. Für die ursprüngliche Regierungsvorlage erheben sich nur einige Mitglieder der national-liberalen, der konservativen und der Reichspartei.

Ein positiver Beschluß ist also nicht zu Stande gekommen, so daß, falls in Konsequenz dieses Beschlusses auch die übrigen Theile der Vorlage abgelehnt werden, eine dritte Lesung nicht mehr stattfinden kann.

Am 5 1/2 Uhr wird die weitere Berathung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Vorher zweite Lesung des Gejgentwurfs, betreffend die Heranziehung der Militärpersonen zu den Gemeindeobgaben.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom 19. März, 12 Uhr.

Am Ministerische: Kommissarien.
Auf der Tagesordnung stehen lediglich Kommissionsberichte über Petitionen.

Die Petitionen verschiedener Gemeinden um Aufhebung der Wegebaudarlehen für das Fürstenthum Magdeburg vom 14. Juli 1742 und für das Fürstenthum Halberstadt vom 21. Mai 1743 wird nach kurzer Debatte der Regierung als Material für den Erlaß einer Wegeordnung für die Provinz Sachsen überwiesen.

Der Gemeinderath von Beckingen a. d. Saar hat sich in einer Petition über die seitens der Regierung festgesetzte Herabminderung der Kommunalbesteuerung des Eisenbahnklaus besckwert. Auf den seitens der Gemeinde an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassenen Reklus ist abwesender Bescheid ergangen, und der Minister des Innern hat auf erhobene Beschwerde rescribirt, daß es beim Bescheide des Oberpräsidenten sein Bewenden haben müsse.

Die Gemeindefinanzkommission hat mit allen gegen 2 Stimmen den Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Abg. Lehmann (Zentrum) beantragt, die Petition mit Rücksicht auf die Nothlage der petitionirenden Gemeinde der Regierung zur Vertheilung zu überweisen.

Abg. Barck (Freikönig.) tritt für den Kommissionsbeschluß ein. Die Petition müsse schon aus dem Grunde abgewiesen werden, weil die Gemeinde ihren Anspruch nicht spezifizirt habe und aus der Petition das Vorhandensein eines Entschädigungsanspruches gar nicht hervorgehe. In der Kommission habe sich ein lebhafter Streit über die Behauptung des Kommissars des Ministers des Innern erhoben, wonach die Entscheidung des Oberpräsidenten nach rheinischem Recht legitimistisch und endgültig sei und im vorliegenden Falle auch durch einen Beschluß des Hauses resp. durch eine Veräußerung des Ministers gar nicht abgeändert werden könne; dies sei aber eine Doktorfrage, die zu entscheiden die Petition gar keine Veranlassung biete.

In der weiteren Diskussion wird fast ausschließlich diese allgemeine Frage, sowie die fernere behandelt, ob überhaupt der betreffenden Gemeinde angesichts der einschlagenden Bestimmungen der rheinischen Städteordnung das Petitionsrecht zuerkannt habe.

gebührende Nase das Gesicht eines Menschen verunzere, die Amputation derselben nur von Vortheil sein könne, hauptsächlich in den höheren Kreisen. (Neue Unterbrechung und Beifall des Publikums, wiederholte Drohung des Präsidenten.)

Zu den Geschworenen gewendet, fuhr der Verteidiger fort: Meine Herren, man spricht hier von einer Verwundung; der Angeklagte selbst leugnet die That nicht. Aber was bedeutet denn dies Alles? Auch die Chirurgie operirt mit Messern und behauptet, es geschehe dies zu einem guten Zweck. Wir müssen also den Verbrecher vom Chirurgen unterscheiden. Können Sie nun aber mit ruhigem Gewissen einen jungen Mann aus guter Familie, der nur eine Nase verleierte, als Missethäter bezeichnen? Sehen Sie die Nase vor der Amputation? Kennen Sie vorher den Herrn, welcher dieselbe so dreist heruntuz? Nein! Der Mann war Ihnen unbekannt, so daß Sie mir unmöglich sagen können, ob er jetzt häßlicher als zuvor sei. Ich aber, meine Herren, kann Sie versichern, daß er es immer war und jetzt sich reizend präsentiert; auch werden Sie nicht leugnen wollen, daß er noch interessant genug ist. Meine Herren Geschworenen, ich rufe Ihre Unparteilichkeit an und im Vertrauen auf dieselbe bin ich gewiß, daß Sie keinen Moment zögern, den Angeklagten freizusprechen.

Es war spät geworden, die Richter waren müde, die verlorzte Nase verschwand im Halbdunkel; der Gemann schien im Ganzen doch noch ziemlich vollständig zu sein, der Sünder wurde daher mit Mehrheit freigesprochen und so gleich in Freiheit gesetzt.

Die anwesenden Freunde des Advolaten brückten ihm die Hand und wünschten ihm Glück zu seinem Entsch.

„Um so besser,“ sagte sich Rustapha, „die Freisprechung des Angeklagten bringt auch den Geschworenen Erlösung.“

Doch auch hierin irrte sich unser armer Freund. Wenn auch der Freigesprochene sofort auf freien Fuß gesetzt wird, so dauert die Gefangenschaft für den Geschworenen bis zum Schluß der Session fort; er ist an seinen Marterstuhl gefesselt.

Abg. v. Dergen (Füterbogl.) bejaht letzteres und beantragt, die Petition zur nochmaligen Erörterung der aufgelauchten formalen Rechtsfragen der Gemeindefinanzkommission zurückzugeben.

Geheimer Rath Nöll erläutert den Standpunkt der Regierung dahin, daß allerdings eine nicht abzuändernde legitimistische Entscheidung des Oberpräsidenten vorliege. Derselben Meinung ist Abg. v. Lyncker (kons.), der die Entscheidung des Oberpräsidenten als eine rechtskräftige bejaht.

Abg. Gneiß vermahnt sich gegen die Auffassung, als ob der Gemeinde das Petitionsrecht in diesem Falle nicht zur Seite stehe oder als ob gar das Haus der Abgeordneten einen nichtigen Beschluß fasse, wenn es die Petition dem Minister überweise. „Rechtskräftige“ Entscheidungen von Verwaltungsbehörden gebe es überhaupt nicht. Das Haus aber könne auch jederzeit durch Ueberweisung einer Petition an die Regierung letztere einladen, von ihm — unbeschränkt — Aufschlußrecht Gebrauch zu machen; diese Praxis sei immer befolgt worden, sobald man die Verwaltung in der Lage glaubte, aus Zweckmäßigkeits- oder Billigkeitsgründen einer Beschwerde abhelfen zu können, ohne die Rechte Dritter zu verletzen.

Abg. Dr. Wehr (D. sch. Kons.) hält dafür, daß durch die Entscheidung des Oberpräsidenten aufhebendes Reklus des Ministers allerdings die Rechte Dritter verletzt werden würden. Der Eisenbahnklaus habe durch jene Entscheidung ein jus quaesitum auf die Heranziehung zu einem geringeren Steuerantrag; die Entscheidung sei endgültig und der Fiskus könne dieses erworbene Recht nicht mehr verlieren.

Abg. Gneiß: Der Eisenbahnklaus ist gar kein Dritter, sondern der Staat selber. (Heiterkeit.)

Die Petition wird hiernach zur nochmaligen Prüfung an die Gemeindefinanzkommission zurückgewiesen.

Ueber die Petition des Johann Holzer zu Woffendorf wegen Vereinigung eines Theils der Gemeinde Woffendorf mit der Gemeinde Ehrenbreitstein wird ohne Diskussion zur Tagesordnung übergegangen.

Der Schänker Filip al in Wosen beschwert sich über die Nichtzulassung seiner (von einer deutschen Mutter in Leipzig geborenen und erzogenen) beiden jetzt 12 resp. 7 Jahre alten Töchter zum polnischen Sprachunterricht.

Die Unterrichtscommission hat mit 12 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Ueberweisung der Petition an die Regierung zur nochmaligen Erwägung zu empfehlen.

Die Abgg. v. Haugwitz (kons.) und Schmidt (Sagan (freikons.)) plaidiren für Uebergang zur Tagesordnung, während die Abgg. Reubauer (Pol.) und Wärmeling (Zentrum) den Kommissionsantrag befürworten.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Kommissionsantrages, für welchen außer dem Zentrum, den Polen und den Freikönigen nur 2 bis 3 Nationalliberale, die freikonservativen Abgg. Guffen, Gerlich, Jüdel, v. Dymowski und die Konservativen v. D. R. d. v. Leckritz, Simon v. Jastrow, v. Holz, v. Köller, S. d. v. Gerlach, Jacobs (Bentheim), von Mayer (Menswalde), v. Schiefelstädt stimmen; die Majorität entscheidet sich für den Uebergang zur Tagesordnung.

Die Petition verschiedener Reallehrer und Zeichenlehrer an höheren Unterrichtsanstalten wegen Verbesserung ihrer Stellung und ihres Einkommens wird ohne Debatte der Regierung als Material für eine anderweitige gesetzliche Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den höheren Lehranstalten überwiesen.

Nach Erledigung zweier weiterer Petitionen von lediglich lokalem Interesse wird die Sitzung um 4 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Dritte Berathung des Etat.)

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 18. März.

(Nachtrag.)

Nationale Ausstellung in Berlin im Jahre 1888.

Stadtv. Singer: Meine Stellung zur Vorlage des Magistrats erklärt sich aus der Stellung, die ich zu Ausstellungen überhaupt einnehme. Ich bin kein großer Freund der herkömmlichen Ausstellungen, sie haben sich zu großen Jahrmärkten herausgebildet. Leisten und nützen können die Ausstellungen nur, wenn sie international sind, und einer solchen würde ich allen Eifer und alle Hilfe widmen. Der Herr Oberbürgermeister hegt zu große Hoffnungen von dem Nutzen einer nationalen Ausstellung in Berlin, die deutsche Industrie ist auch vollkommen ebendürftig und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Auf Ausstellungen soll man lehren und lernen. Die Leute, welche Ausstellungen besuchen, wollen praktischen Nutzen von den Ausstellungen haben, und das ist nur möglich, wenn wir die anderen Kulturstaaten zu uns zu Gast laden und in friedlichen Wettstreit mit ihnen treten. Das Gefühl der Anerkennung für die Leistungen der deutschen Industrie ist allgemein verbreitet. Durch eine internationale Ausstellung würde ein ganz anderer Nutzen erreicht werden.

In diesen langen Stunden dachte unser Rameleuse aus der Türkei an seine Risks, an die Odalisten, an die langen Pfeifen zurück und verglich damit die Sklaverei im Lande der Freiheit.

Heimkehrend fand Mustapha auf seinem Tische verschiedene Zirkulare, welche ihm seine Ernennung zum Gemeinderath, zum Provinzialrath und zum Mitglied einer Hilfs- und Versicherungsgesellschaft mittheilten und ihn einluden, an mehreren andern, für einen Rameleusen nur ehrenvollen Kommissionen theilzunehmen. Schleunigst bezog er sich zum Notar, bat ihn, seine Besetzung zu verkaufen und ihm den Betrag nach Konstantinopel zu senden. Zur Erklärung seiner schleunigen Abreise erzählte er demselben ausführlich die schmerzliche Geschichte seiner Illusionen und der erlittenen Täuschungen.

„Aber so rasch!“ bemerkte ihm der Notar. „Sie sollten erwarten und die Wohlthaten der Freiheit erst schätzen lernen.“

„Die eine Probe genügt mir,“ antwortete der Rameleuse, „nach andern gelüste ich nicht. Ich werde unverzüglich abreisen.“

„So muß auch ich mit einer langen Nase abziehen,“ erwiderte betroffen der Notar.

„Haben Sie Acht, daß Ihnen dieselbe nicht abgeschnitten wird,“ fügte Mustapha hinzu, „die Gerechtigkeit im Lande der Freiheit würde Ihnen nur Schaden und Spott eintragen.“

Einen Monat später schlürfte unser Rameleuse am Bosphorus, weichgebettet auf dem Divan seines Risks, den Kaffee mit einigen Freunden, und vom Rauche der türkischen Pfeifen umhüllt, erzählte er seine Lebensgeschichte in Italien.

Von Zeit zu Zeit wurde er über den Mechanismus der Freiheit jenes Landes befragt; dann schlug er mit unbegreiflichem Lächeln die Augen zum Himmel auf.

Sprach man ihm von dem italienischen Regietabal, so verstopfte er sich die Nase, und wurde er allen Ernstes über die in der mohamedanischen Volksgemeinde unbelanete wahre Liebe aufgefischt, so erwiderte er: „Auch diese dürfte eigentlich ein Traum sein, wie die Freiheit.“

als durch eine nationale. Die Großindustrie wird sich auch durch eine nationale Ausstellung in Berlin nicht abhalten lassen, die projektierte Weltausstellung in Paris zu beschicken. Jeder in Deutschland weiß, wo er sich die Erzeugnisse des deutschen Gewerbestandes beschaffen kann, dazu bedarf es keiner Ausstellung. Eine nationale Ausstellung wird kaum viele auswärtige Käufer anziehen, das kann nur eine internationale. Pflicht der Reichshauptstadt ist es, dem Beispiele von Paris, London, Wien u. s. w. zu folgen. Wenn Berlin eine Weltstadt sein will, darf es vor einer internationalen Ausstellung nicht zurückweichen. Dazu gehört natürlich die gemeinsame Teilnahme aller Völker, dazu gehört vor allem die Teilnahme des Reichs, die ist aber auch zu einer internationalen Ausstellung notwendig. Da bis jetzt die Regierung sich für eine Weltausstellung nicht erwärmt hat, will man wenigstens eine nationale haben. Dieses Ausstufsmittel ist kein glückliches. Der Gedanke, der gefördert werden sollte, wird dadurch geschädigt. Auch bestreite ich, daß die 30 000 M., die wir zu Vorarbeiten bewilligen sollen, und nicht bindend verpflichten. Man sagt, Berlin wird durch den Fremdenzuzug großen Nutzen haben, ich will mich auf Wahrscheinlichkeits-Rechnungen nicht einlassen. Aber man hofft in den Kreisen der Interessenten, daß die Stadt einen Zuschuß von 2 Millionen Mark leisten wird. Nun man wird wohl mit sich handeln lassen. Die Geldeingaben sind übrigens in letzter Reihe erst Gründe gegen die Ausstellung. Doch wird man das, was man von der nationalen Ausstellung erwartet, nicht erhalten. Es sollten alle Kräfte für eine internationale Ausstellung eingesetzt werden. Gegen eine nationale Ausstellung aber erkläre ich mich entschieden.

Nach einer Erwiderung des Oberbürgermeisters und des Stadtv. Löwe werden 30 000 M. für die Vorarbeiten zu einer nationalen Ausstellung in Berlin von der Majorität bewilligt.

Lokales.

Immer neue und sehr interessante Mitteilungen in den Sitzungen des Vereins der vereinigten Berliner Sargfabrikanten u. illustriren die Ritzhände, welche bei hiesigen Anleihen und Parodien bestehen. Auch die gestern Abend im Restaurant „Alte Berlin“ stattgehabte Versammlung der Mitglieder des Vereins der vereinigten Berliner Sargfabrikanten zeigte wiederum, wie sehr es im Interesse des großen Publikums liegt, wenn hier endlich ein Wandel zum Besseren geschaffen werde. Doch man den durch die Zeitungsberichte bekannt werdenden Vorgängen aus den Versammlungen der Sargfabrikanten an interessierter Stelle die größte Beachtung schenkt, beweist das Vorgehen des Dirigenten der königl. Einbindungskasse, Herrn Geh. Rath Dr. Schröder, welcher bereits mehrere Sargfabrikanten zu sich hat entbieten lassen, um ihre in den Zeitungsberichten enthaltenen Auslassungen über die Leichenwäscherin Frau S. zu protokollieren. Obgleich die Beweiskraft gegen diese Frau erdrückend ist, leugnet sie Alles hartnäckig ab und hat sogar den Sargfabrikanten Schulz aus der Fegelsstraße vor den Schiedsmann wegen Beleidigung laden lassen. Ueber eine Leichenwäscherin, welche sie von einem Sargfabrikanten ohne Bezahlung entnommen hatte und den Betrag auch nicht von dem Käufer erhalten haben will, liegt eine Quittung von ihr vor, in der sie u. A. den erhaltenen Betrag für die Decke erhalten zu haben bescheinigt. Die Herren G. Kaiser (Vorherr) und dessen Bruder A. Kaiser (Landsbergerstraße) berichten über einen jüngst bei ihnen stattgehabten Besuch der Frau S., welcher zeigt, wie ge- weckt diese Frau ist. Bei einer nachgehenden „vernaulichen Unterredung“ verschloß sie hinter sich und bemerkte die Zimmerthür, so daß Niemand mehr das Zimmer betreten konnte. Zufällig entdeckten dies die beiden Ehefrauen und es wäre beinahe zu einer eheleichen Differenz gekommen. In den Unterredungen hat sie „die Herren, sie doch nicht unglücklich zu machen“ u. Einem Brief an Herrn Tapezierer Jaak unterschrieb sie nur mit dem Buchstaben S. Der Bruder dieses Herrn, der Schneidermeister J., hatte in der Frauenklinik wegen der Frau S. eine Vernehmung, wobei ihm von dem ihn vernehmenden Inspektor mitgeteilt wurde, daß es in jener Anstalt „Nus“ sei, daß jeder „anständige Mensch“ der Leichenwäscherin für Waschen und Anziehen der Leiche 3 M. bezahle. Wohl nicht mit Unrecht bemerkte hierauf Herr Jaak, daß also Derjenige unanständig sei, welcher diesen „Nus“ nicht beachte und daß in einem königlichen Institut doch bestimmten Grundregeln gehuldigt werden müßte. Herr Schulz (Fiegelsstraße) hielt es unter allgemeiner Zustimmung für werthvoll, wenn Personen aus dem Publikum, die jemals mit der Leichenwäscherin Frau S. in Differenzen gerathen sind, ihre Angelegenheiten zur Kenntniß des Vorherrn des Vereins der vereinigten Berliner Sargfabrikanten u. Herrn G. Kaiser, in Firma Geh. Rath, Landsbergerstr. 27, bringen würden, der im Anschluß hieran sich bereit erklärte, alle Beschwerden aus dem weiteren Publikum über die Angelegenheiten in Krankenhäusern u. entgegenzunehmen. In einer Besprechung über eine Verächtlichmachung der Charitee-Direktion, den Kaiser Moritz betreffend, in welcher dem p. Moritz ein ganz unangenehmiges Verhalten im Interesse namentlich der ärmeren Klassen nachgerühmt wird, legt der Vorherr, Herr Kaiser, ein Rechnungsbuch der sog. Charitee-Kasse über Begräbniskosten und Gebühren vor. Indem er ein Bild über die primitive innere Ausstattung der Särge, wie die Einfargung überhaupt giebt, rechnet er dem Kaiser Moritz bei den Särge-Anzügen einen Verdienst von 100 Prozent und darüber nach. Bei dem großen Bedarf in der Charitee muß dieses Geschäft einen guten Verdienst abwerfen. Moritz zahlt keine Gewerbesteuer, hat freie Wohnung und ein festes Einkommen von 8000 M., außer den weiteren Emolumenten. In der vorgedachten „Berechnung“ ist sub IV die Position „Gebühren“ aufgeführt und zwar: 11 M. für männliche Leichen, 10,50 M. für weibliche Leichen, 9 M. für Leichen von Kindern unter 12 Jahren.“ Man höre hierüber die von Herrn Kaiser gegebene Erklärung, welche von hohem allgemeinen Interesse ist. Verunglückt Jemand oder wird ein Kranker nach der Charitee gebracht und stirbt dort, so gehört er dem Kirchspiel der Charitee an, welche einen eigenen Begräbnisplatz besitzt. Die Leiche muß, wenn sie auf einem anderen Kirchhof beerdigt werden soll, hier erst ausgeliefert werden und dafür werden vorstehende Gebühren berechnet. Eine derartige Einrichtung besteht bei keinem anderen Krankenhause. Das übrige der Kaiser Moritz von der Charitee ein wenig Respekt vor neuen Anlagen gegen ihn in den Versammlungen der vereinigten Berliner Sargfabrikanten erhalten hat, beweist eine viel weiterreichende Mitteilung des Sargfabrikanten Schulz (in Firma Schulz und Robert), nach welcher der Chariteekaiser in einer Unterredung wegen der Beerdigung eines verstorbenen Kindes ihm gegenüber vor einigen Tagen geäußert hat: „Ich will Ihnen was sagen, seitdem die Sargfabrikanten die große von anderen Instituten kommen ähnliche Beweise zur Kenntniß der Versammlung, daß die Agitation der Sargfabrikanten schon Vortheile zeigt.“ Auf die weiteren, ebenfalls sehr interessanten Vorgänge in der Versammlung kommen wir noch zurück.

Ueber eine kostspielige Zimmerheizung wird uns geschrieben: Ein in der Bergmannstraße wohnhafter Fuhrherr hat am 17. d. M. Abends beim Verlassen seiner Wohnung seine Heizpapiere im Betrage von 16 700 M. angeblich zur besseren Sicherheit in den Ofen gesteckt und am andern Morgen vergessen, dieselben wieder herauszunehmen. Am folgenden Tage, während der Fuhrherr seinen Geschäften nachgegangen

war, heizte das Dienstmädchen den Ofen und verbrannte die darin befindlichen Papiere. Dieselben bestanden aus zwei Oppelner Zement-Aktien Nr. 3387 und 919 a 600 M., Distonito-Kommandit. Antheile Nr. 14 769, 21 361 und 21 814 a 600 M., einer Russischen 1884er Anleihe Nr. 5835 a 500 Rb. und 5 Stück Russische 1880er Anleihe 4 pCt. Nr. 626 796 bis 800.

Zur Warnung vor einer Schwindlerin sei folgendes mitgeteilt: Vor etwa 10 Tagen erschien in einem am Spittelmarkt belegenen Geschäft eine anständig, dunkelgelbe Dame im Alter von etwa 35 Jahren, welche sich als die Wittwe eines Ingenieur Herzberg vorstellte und unter Uebertreibung eines ärztlichen Attestes um eine Unterstüßung behufs Errichtung eines Kindergartens bat. Gleichzeitig präsentierte die Dame eine Liste, auf welcher bereits Beträge von 10 bis 20 Mark, im Ganzen etwa 400 Mark gezehnet waren. Eine Einzeichnung in diese Liste wurde in dem Geschäft nicht gleich gemacht, weshalb die angegebene D. die Papiere zurückließ. Als später die Papiere nach der angegebenen Wohnung, Pürowstr. 21, durch die Post zurückgeschickt wurden, konnte die Befreiung des Briefes nicht erfolgen, da Adressatin im genannten Hause nicht zu ermitteln war. Durch weitere Nachforschungen wurde noch festgestellt, daß das der Papiere beigefügte ärztliche Attest gefälscht war.

Das Geseh, welches die Feier des Osterfestes auf den Sonntag nach dem ersten Frühlingsvollmond legt, wird in diesem Jahre in seinen Wirkungen auf die bürgerlichen Verhältnisse recht unangenehm fühlbar. Durch eine Differenz von 12 Stunden wird eine Verschiebung des Festes um volle fünf Wochen herbeigeführt. Der Frühling beginnt dies Mal am 20. März, Nachmittags 5 Uhr, während am dem Morgen desselben Tages, 5 Uhr 32 Min., Vollmond eintritt. Mitin muß man den nächsten Vollmond abwarten, der ausnahmsweise erst nach 29 Tagen und dann wieder an einem Sonntage eintritt, so daß abermals 7 Tage bis zum nächsten Sonntage abgemartet werden müssen, der endlich das erspöht Oster bringt. Die Schwierigkeiten, die aus dieser Verschiebung des Osterfestes erwachsen, machen sich in dem wirtschaftlichen Betriebe in verschiedener Weise fühlbar. Am empfindlichsten wird der Lehrgang an den niederen und höheren Schulen durch eine starke Verlangsamung des Sommerhalbjahrs beeinträchtigt. Treten auch die Nachteile, welche mit dem Wechsel des Ostertermins verbunden sind, glücklicherweise nur selten so grell hervor wie in diesem Jahre, so erscheint doch gerade gegenwärtig der bereits vor einem halben Jahrhundert gemachte Vorschlag des französischen Astronomen Arago und des deutschen Chronologen Zeller, den Ostertermin, ohne Rücksicht auf den Vollmond, auf den ersten Sonntag des April festzusetzen, der Erörterung der weitesten Kreise werth.

Jugendliche Diebe. Gestern Nachmittag wurden in der Neuen Jakobstraße drei Knaben bemerkt, welche vor einem Barbierladen standen und sich ein Thermometer längere Zeit besahen, bis endlich der größere einen der kleineren Knaben in die Höhe hob, so daß dieser das Thermometer abnehmen konnte. Als sich die drei Knaben nach Ausführung der That beobachtet sahen, warfen sie das Instrument fort und ergrieffen die Flucht. Der Thäter, der 11jährige Knabe K., wurde jedoch festgenommen und gestand derselbe, daß er von dem größeren Knaben zu dem Diebstahl verleitet worden sei, und daß sie Tags zuvor in der Fischerstraße auch ein Thermometer gestohlen hätten.

Ein bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich, wie uns mitgeteilt wird, am Mittwoch auf der Berlin-Charlottenburger Eisenbahn. Als der Kutscher eines Wagens dieser Gesellschaft vom Bahnhof in Charlottenburg nach Berlin fuhr, bog er sich zu weit über die Schutzwand des Vorderpersonens, verlor das Gleichgewicht und stürzte vom Wagen. Er kam so unglücklich zu liegen, daß ihm der linke Arm total zerquetscht wurde. Obgleich dem Verunglückten sofort ärztliche Hilfe zu Theil wurde, ist derselbe bereits am folgenden Tage verstorben.

Polizei-Bericht. Am 18. d. Mts. Morgens, stürzte sich in der Gneisenaustraße ein Dienstmädchen, angeblich aus Lebensüberdruß, nachdem es kurz vorher auch noch Juchersäure getrunken hatte, aus dem 2. Treppen hoch gelegenen Küchenfenster in den Hof hinab. Dasselbe erlitt durch den Fall einen Bruch des linken Unterschenkels und mußte mittelst Krankenwagens nach der Charitee gebracht werden. — Zu derselben Zeit brach ein Dienstmann vor dem Hause Wasserstraße Nr. 68 beim Fallen auf dem glatten Bürgersteig das Bein. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Am Vormittage desselben Tages wurde eine Frau in der St. Thomas-Kirche plötzlich unwohl und verfiel bald darauf in der Sakristei am Herzschlag. — Zu derselben Zeit wurde ein Mädchen in der Wohnung seiner Mutter in der Friedenstraße und ebenso ein Mann in seiner Wohnung in der Elisabethstraße erhängt vorgefunden. Die Leiche des ersteren wurde nach dem Leichenhause gebracht. — Am 18. d. Mts. Abends, wurde der Wächter Biedermann, als er sich zum Antritt des Nachdienstes meldete, plötzlich unwohl und verfiel, nach Hause gebracht, gleich nach der Ankunft daselbst am Schlagfluß. — Am 18. d. Mts. war in einem Butterwarengeschäft, An der Steinhilfs Nr. 1, ein Thürvorhang in Brand gerathen. Das Feuer wurde von den Anwesenden noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr gelöscht. — In der Nacht vom 19. d. Mts. entstand in dem Zigarrenladen von Voerster u. Wolff, Oranienstraße Nr. 57, dadurch Feuer, daß Zigarren, welche in der Nähe eines geheizten eisernen Ofens standen, sich entzündeten. Das Feuer wurde von der Feuerwehr bald gelöscht.

Vereine und Versammlungen.

Dr. In einer öffentlichen Versammlung der Schneider, welche am Donnerstag Wilhelmstraße 118 unter dem Vorsitz der Herren Pfeiffer und Taterow stattfand, hielt der Reichstagsabgeordnete Herr Bannhau einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die heutige Produktionsweise und ihre Erscheinungsformen.“ Der Vortragende besprach in eingehender Weise die mit der modernen kapitalistischen Produktionsweise verbundenen Erscheinungen, die bis zum Neufertigen gehende Theilung der Arbeit, die an Stelle der Lohnarbeit getretene Akkordarbeit, die dem Dienste des Kapitals verfallende, von Kaufleuten und Fabrikanten nach Möglichkeit ausgebeutete Arbeitskraft der Handwerker, nicht allein der Gesellen, sondern auch der Kleinmeister, die das zum fabrikmäßigen Betriebe ihres Gewerbes nötige Kapital nicht besitzen, die infolge der Einführung und Verallgemeinerung der Maschinen stets wachsende Arbeiterarmee arbeitsloser Arbeiter, welche genöthigt sind, ihre Arbeitskraft zu billigeren Preisen anzubieten und dadurch die Löhne herabzudrücken, die in Folge der planlosen Massenproduktion von Zeit zu Zeit mit Nothwendigkeit eintretenden Krisen, durch welche die Nothlage des Handwerkerstandes mehr und mehr gesteigert wird. Der Redner wies dann auf das auskömmlose Streben Derjenigen hin, die unter den heutigen Produktionsverhältnissen das Junkwesen des Mittelalters neubeleben und dadurch eine Besserung der Lage des Handwerkerstandes herbeiführen wollen. Er führte dann aus, daß das Ziel einer gründlichen Sozialreform nur dies sein könne, an Stelle der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise, deren naturgemäße Wirkung die Anhäufung von Reichthümern in den Händen einer kleinen Minderheit und die mehr und mehr zunehmende Verarmung der großen Massen der Handwerker und Arbeiter ist, welche durch ihre Arbeit alle Werthe und alle Reichthümer schaffen, eine andere der Gerechtigkeit mehr entsprechende Produktionsweise, nämlich die genossenschaftliche Produktionsweise herbeizuführen, bei welcher die Arbeiter nicht mehr Werkzeuge zur Bereicherung der Unternehmer, sondern freie, lediglich in ihrem Interesse arbeitende

Menschen sind. Eine solche wirkliche Sozialreform herbeizuführen, sei vorzugsweise die Aufgabe der arbeitenden Volksmassen. Die nächste Etappe auf dem Wege, der zum Ziele führt, sei die Organisation der Arbeiter in Fachvereinen. Vereinigt sei bei den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen der Arbeiter macht und reichlos; eine Vereinigung sämmtlicher Arbeiter einer Branche, z. B. aller Schneider Berlins, habe aber die Macht, kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne und was sonst zur Besserung der Lage der Arbeiter erforderlich ist, herbeizuführen. Die Arbeiter seien aber auch verpflichtet, sich am politischen Leben zu betheiligen und dahin zu wirken, daß die Anzahl ihrer Vertreter in den Parlamenten eine größere werde und die Macht ausüben. Zur Diskussion nahmen die Herren Pfeiffer, Taterow, Janne, Schwerin das Wort, um ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten auszusprechen. Die Herren Passorke und Blin verließen dadurch, daß sie ihre alten Anschuldigungen gegen die frühere Lohnkommission von Neuem anbrachten, die er genannten zwei Herren in die Nothwendigkeit, das, was sie zu ihrer Verteidigung schon oft gesagt, von Neuem sagen zu müssen. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und anerkennt, daß es nur auf dem Wege der Organisation möglich ist, der heutigen Produktionsweise wirksam entgegenzutreten. In einer zweiten Resolution erklärte die Versammlung, daß sie in Betracht, daß die Subkommission der Aufforderung des Schiedsgerichts in der Angelegenheit der Lohnkommission nicht nachgegeben ist, jede Anschuldigung als unwürdig verworfe.

Im Fachverein der Kohlerger sprach am 14. d. Mts. Herr Michelsen über „Streik“. Referent wies nach, wie schädlich ein Streik für die Arbeiter ausfallen könne, wenn dieselben nicht gehörig organisiert sind. Nur durch festes Zusammenhalten der Gewerkschaften sei auf diesem Wege etwas Ersprießliches zu erreichen. Redner bemerkte, weil der Bauarbeiter nur im Sommer Arbeit habe, da sein Geschäft im Winter darnieder liegt, müßte sein Lohn ein derartiger sein, daß er auch im Winter nicht zu darben brauche. Zur Diskussion sprachen die Herren Redner und Schweizer im Sinne des Referenten. Herr Frisch stellte den Antrag, die restierenden Mitglieder nicht zu streiken; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann sprach der Metallarbeiter Herr Knope über den Streik bei Wollter, Drebenstraße 38. Für die streikenden Schneider wurde eine Teller-Versammlung veranstaltet und der Betrag Herrn Knope übergeben. Dann wurde die Verlegung des Vereinslokals beschlossen und ein Vergütungs-Komitee zum Stiftungsfest gewählt, welches im Mai stattfinden soll.

In der Versammlung des Fachvereins der Posamentiere und Seidenknopfmacher vom letzten Montag erregte nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Mitteilungen besonders ein Schreiben der in der Posamentier-Waarenfabrik von Bran Arold in Nürnberg beschäftigt gewesenen Gesellen allgemeines Interesse. Dieselben theilten mit, daß sie auf Grund verschiedener ehrenrühriger Reden, welche sich Herr Arold gegen sie erlaubt hätte, die Arbeit niedergelegt haben und trüben den Bezug nach Nürnberg möglichst fernzuballen. Die Versammlung beschloß demgemäß, darauf theil der Vorsitzende mit, daß sich in Offenbach a. M. ein Fachverein der Posamentiere und Seidenknopfmacher gegründet habe. Die Versammlung nimmt freudig hiervon Kenntniß, umso mehr, als dies leider erst der einzige Fachverein in der Posamentier-Branche ist, welcher außerhalb Berlins in Deutschland besteht. In der sich hier anschließenden Diskussion wird jedoch der Vorschlag der Offenbacher Kollegen, welche einen Verband gründen wollen und den Berliner Verein zur Teilnahme einladen, von der Versammlung abgelehnt. Zwar nicht aus prinzipieller Gegnerschaft gegen einen etwaigen Verband, sondern weil, wie die meisten Redner betheiligten, die Zeit zur Gründung eines solchen aus verschiedenen politischen und anderen Gründen keine günstige sei. Der Vorstand wird beauftragt, unter Betonung des freundschaftlichen Entgegenkommens in anderer Beziehung, diesen Beschluß der Versammlung den Offenbacher Kollegen zu übermitteln.

Eine Generalversammlung der Maurer Schönebergs und Umgegend, von mehr als 100 Personen besucht, fand am 15. März in Oedenroths Salon, behufs Gründung eines Fachvereins, statt. Herr Regierungsbaumeister K. hier hielt einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über Zweck und Ziele der „Fachvereine“. Redner betonte hauptsächlich, daß die heutige ungünstige Lage der Arbeiter durch Gründung von Fachvereinen, durch Organisation sämmtlicher Arbeiter wesentlich gebessert werden könne. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner, welche alle die Gründung des Vereins empfahlen; ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen und zeichneten sich sofort 40 Mitglieder ein. Zum provisorischen Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Herr Gädig zum ersten, Herr Albrecht zum zweiten Vorsitzenden, Herr Hagen als Schriftführer.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Maler und verwandten Berufsgenossen (G. S. Hamburg). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Theilung Berlins in 4 Filialen am 14. Februar begonnen hat, und werden diejenigen Mitglieder der Kasse, welche nicht im Süden oder Südosten wohnen, ersucht, sich spätestens bis 1. April an der alten Stelle abzumelden und in den Filialen, denen sie dann angehören, spätestens bis dahin einschreiben zu lassen, da sonst im Ertragsausfälle Erweiterungen entstehen und auch die Bücher nicht in Ordnung gebracht werden können. Die Kassenkunden sind in sämmtlichen Filialen Sonntag, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, und Montag, Mittwoch und Freitag, Abends von 7 bis 8 Uhr. Ferner werden die Mitglieder ersucht, in den Quartalsversammlungen recht zahlreich zu erscheinen; dieselben finden statt: für Filiale 1 Nord am 6. April im „Vorfriedrichs-Kaffee“, Adersstr. 144; für Filiale II Ost am 13. April im Restaurant Hildebrand, Webersstr. 17; für Filiale III Süd am 20. April im Café Reiter, Alte Jakobstr. 83; für Filiale IV West am 20. April in der „Anholtschen Ressource“, Wäckerstr. 114. Alle Versammlungen beginnen Abends 8 Uhr und werden dieselben seiner Zeit noch im Annoncenbeil dieses Blattes bekannt gegeben.

Fachverein der Tischler. Die Versammlung am Montag, den 22. d. M., in Jordans Salon, Neue Grünstraße 23, fällt aus, dafür findet am Dienstag, den 23. März, Abends 8^{1/2} Uhr, in dem genannten Lokale eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung siehe Inserat. Die Rahlstellen des Vereins befinden sich: 1) Blumenstraße 56 (Tischlerberge), 2) Stallstraße 18 bei Stramm, 3) Belle-Allianceplatz 6 bei Hilscher, 4) Biondsiraplay 11 bei Hohn, 5) Müllerstraße 184 bei Häring. Dasselbst werden jeden Sonnabend, Abends von 8^{1/2} bis 10 Uhr, Beiträge entgegen- und neue Mitglieder aufgenommen.

Sängerverein „Sängerlust“, Ballmadsenstr. 9, jeden Sonnabend Abends 9 Uhr.

Vereinigung der deutschen Schmiede (Mitgliedschaft Berlin). Heute Abends 8^{1/2} Uhr Versammlung in Stratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79. (Näheres siehe Inserat.)

Generalversammlung der Risten- und Koffermacher Berlins Sonntag, Vormittags 10^{1/2} Uhr. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Streik bei Simon u. Lillig r. 2. Verschiedenes.

Die Versammlungsanzeige zu der Volksversammlung, in welcher gestern der Herr Reichstagsabgeordnete August Bebel in Keller's Salon, Andreasstr. 21, sprach, hat in unklarer gestrigter Nummer durch ein bedauerliches Versehen eines Segers im reaktionellen Teil unseres Blattes leider keine Aufnahme gefunden.

Die Volksversammlung in Keller's Saal, Andreasstraße, in welcher gestern der Reichstagsabgeordnete August Bebel über die Ursachen und Wirkungen der Krisen und die Sozialreform sprach, verlief nach ca. 1 stündiger Dauer der politischen Aussprache. Bei den Worten: „Während die Frau am Webstuhl hantirt, sitzt der Mann zu Hause am Feuerherd“, erfolgte der politische Schluss. Die etwa 8000 Köpfe starke Versammlung verließ unter Hochrufen auf den Redner in vollster Ordnung den Saal. Ausführlicher Bericht morgen.

In der freireligiösen Gemeinde spricht am Sonntag Vorm. 10 Uhr, Rosenhalestr. 33, Herr Schäfer über die Geschichte des Humanismus. — Zutritt steht Jedem frei.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 5. 29), Hamburg, Filiale 5. Versammlung Sonnabend, den 20. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, Lothringersstraße 81. Statutenberatung.

Sewerkschaft der Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, in den Industriehallen, Mariannenstr. 31/32. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jaded. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden aufgenommen.

Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter. Versammlung am Sonntag, den 21. März, Vormittags 10 1/2 Uhr bei Rahlitz, Andreasstraße 26. Tagesordnung: 1) Vortrag über „Produktion und Konsumtion.“ 2) Monatsbericht der Revisoren. 3) Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind gern gesehen. Billets zum Familienkränzchen am 27. d. M. werden in der Versammlung ausgegeben.

Fachverein der Drechsler, Knopfmacher und Berufsgenossen. Sonntag, den 21. März, Vorm. 11 Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Der Streit in der Knopfabrik von G. M. Siegel u. Komp. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen.

Fachverein der Töpfer Berlins und Umgegend. Sonntag, den 21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, Versammlung bei Seefeld, Grenadierstr. 33. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des 2. deutschen Töpferkongresses. 2. Die Abgrenzung der Kollegen hierorts. 3. Verschiedenes.

Fachverein der Schlosser und Berufsgenossen. Heute (Sonnabend) große Versammlung. (Näheres siehe Inserat.)

Verein zur Wahrung der Interessen der Korbmacher Berlins und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 21. März, Vormittags 10 Uhr, bei Otto, Adalbertstr. 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Christensen. 2. Bericht über den beendeten Streit. 3. Erhöhung des Beitrags. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Verein deutscher Nähmaschinenreißender. Ordentliche Sitzung Sonnabend, den 20. März, Abends 9 Uhr, Neue Friedrichstr. 20. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäftliche Besprechungen.

Die säumigen Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Plavierarbeiter werden auf § 6 des Statuts aufmerksam gemacht, widrigenfalls dieselben gestrichen werden müssen.

Auch säumlichen Mitgliedern sowie auch Nichtmitgliedern zur Nachricht, daß die Fragebogen behufs Ausstellung einer Lohnstatistik in der gesammelten Pianoforte Branche bei den Vorstandsmitgliedern, sowie im Arbeitsnachweis bei Stramm, Stalitzerstr. 18, zu haben sind.

Auch richten wir an säumliche Kollegen die Bitte, die Sammlungen für die freitenden Bayreuther Kollegen am Sonnabend und Sonntag nicht zu verpassen. Selber werden durch unseren Kassier Haal laut Quittung bei Stramm entgegengenommen. Bis jetzt beträgt die Sammlung 144 M. 85 Pf. [1045] Der Vorstand.

Fachverein der Tischler. Dienstag, den 23. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28: Außerordentliche Generalversammlung. T. O.: 1. Die Verfügung des Kgl. Polizeipräsidiums, betr. Abänderung der §§ 14, 3, und 5 des Vereinsstatuts oder Nachsicherung der staatlichen Genehmigung des Statuts. 2) event. Menderung des Statuts. 3) Bericht der Sachkommission in Sachen Adermann. 4) Verschiedenes. Quittungsbuch legitimiert. [1043] Der Vorstand.

Louisenstädtischer Bezirks-Verein „Vorwärts“. Sonntag, den 21. März, Abends 6 Uhr, gefälliges Zusammensein der Mitglieder mit Familie in Gratweil's Bierhallen (oberer Saal), Kommandantenstr. 77/79. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein [1046] Der Vorstand.

Vereinigung der deutschen Schmiede. (Mitgliedschaft Berlin.) Versammlung am Sonnabend, den 20. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79. Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Schweizer: Zur Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Diskussion und Verschiedenes. [1056] Um zahlreiches Erscheinen ersucht Dito Ratibels, Bevollmächtigter.

Große öffentliche Versammlung des Fachvereins der Schlosser und Berufsgenossen heute Abend 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79 (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Baake: „Die Bevölkerungstheorie.“ [1057] 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht über das statige und. Stiftungsfest. 5. Verschiedenes und Fragelasten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Eine möbl. Schlafstube zum 1. April s. verm. Marienstr. 7, Hof 1. 2. Aufg. 2 Tr. bei Wagnitz.

Vasage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852] Kaiser-Panorama. II. Abth.: Amerika, Kalifornien, Baden-Weilberg, Konstantin, Wiesbaden u. d. d. Reise. 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Sorben erschienen: [1004] Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage. Chronographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 18. Februar 1886. 1. Heft. — Preis M. 0,30.

Zu haben in unserer Expedition, Zimmerstraße 44.

Grosser Ausverkauf von Porzellanwaaren wegen Geschäftsaufgabe Oranienstr. 85/86.

Kleine Mittheilungen.

Posen, 18. März, Morgens. Die meistenzüge auf den hier einmündenden Bahstrecken sind bis jetzt nicht eingetroffen. Der von Berlin hier Morgens 4 Uhr 40 Minuten fahrende Kourierzug liegt bei der Station Dülz fest. Die Kreuzburger Bahn ist vollständig unfahrbar. Der gestrige Abend von hier nach Ostrow abgegangene Zug mußte wieder umkehren.

Warschau, 17. März. Wegen Schneerhebungen ist der Personenverkehr auf der Weichselbahn, die Strecke Warschau-Kowogorogien ausgenommen, bis auf Weiteres eingestellt; desgleichen der Güterverkehr auf der Eisenbahn Zwangorow-Dombrowo.

Rom, 17. März. Ein schreckliches Brandunglück hat sich gestern nächst Civitavecchia ereignet. Während des gestrigen Unwetters rückten nämlich 36 Frauen mit ihren Kindern in eine Grotte nahe der Stadt, woselbst sie, um sich zu wärmen, ein Feuer anzubeten. Unglücklicher Weise fingen mehrere Strohbündel Feuer, das sich nun mit rasender Geschwindigkeit durch die Grotte verbreitete und einen fürchterlichen Qualm erzeugte. Nun entstand eine unbeschreibliche Verwirrung. Die Frauen wollten ins Freie flüchten, doch gelang es nicht allen, den Ausgang zu finden, und so wurden nachher 17 Personen theils erstickt, theils verbrannt in der Grotte gefunden.

Briefkasten der Redaktion.

Zum Streit bei Simon u. Müller sind uns von beiden Seiten Einwendungen zugegangen, die wir wegen der darin enthaltenen persönlichen Beschäftigkeiten nicht aufnehmen können. Einwendungen, welche rein sachlich gehalten sind, nehmen wir gern auf.

Wo befindet sich die Aufnahmestelle der eingeschriebenen Hilfskasse für Buchbinder im SO Berlins? Vielleicht sendet uns der Vorstand die Adresse.

Ristenmacher. Sie haben nicht angegeben, wo die Versammlung stattfinden soll.

G. M. Da Ihr Prinzipal sich verpflichtet hatte, Ihnen in Krankheitsfällen den Lohn weiter zu zahlen, war er nicht berechtigt, bei Ihrer letzten Krankheit den Lohn unter der Angabe, das Geschäft gehe schlecht, einzubehalten. Da Sie jedoch 7 Monate bei ihm weiter gearbeitet und niemals Ansprüche auf während der Krankheit verdienten Lohn erhoben, vielmehr die späteren Lohnzahlungen ohne Vorbehalt angenommen haben, können Sie jetzt Ansprüche nicht mehr geltend machen.

G. S. Remelerstr. Wir haben in unserem Bericht keinen Namen genannt und können daher auch auf Ihre Auseinandersetzungen nicht eingehen. Wir raten Ihnen jedoch, in der nächsten Versammlung Ihres Vereins die Sache zur Sprache zu bringen.

N. 54. Das Eisenbahn-Regiment existierte vor 1870 noch nicht.

D. B. Sophienstr. Wenden Sie sich an Herrn Bremer, Weinbergsweg 15 Hof part.

S. 54. Die freie Hilfskasse ist zur Gewährung der ärztlich verordneten Korkstiefel und Bäder unseres Grachten verpflichtet, nicht aber zur Gewährung einer Massage-Kur, da letztere einen Theil der der Hilfskasse nicht obliegenden ärztlichen Behandlung bildet.

R. S. 174. 1. Dadurch, daß Ihnen in einer Prozesssache das Armenrecht bewilligt wird, geben Sie des Wahrrechtes nicht verlustig. Das ist keine „öffentliche Armenunterstützung.“ 2. Wenn Ihre Frau nach der ihr in dem gerichtlichen Kündlehrbefehle gesetzten Frist zu Ihnen zurückkehren will, so brauchen Sie dieselbe nicht mehr aufzunehmen.

D. G. 4. So lange Sie der Krankenliste angehören, in der Sie jetzt sind, kann Ihr Arbeitgeber nicht angehalten werden, Sie einer anderen anzumelden.

R. T. Sorauerstr. 1. Bei derartig komplizierten Verträgen, wie der Ihrige mit dem Uhrmacher zu sein scheint, kann man ein Urtheil mit einiger Bestimmtheit nur abgeben, wenn man den Kontrakt gelesen hat. Schicken Sie uns doch eine Abschrift desselben. Einen Rechtsanwalt gebrauchen Sie zur Anstellung des Prozesses nicht. 2. Ihr Arbeitgeber ist unter allen Umständen verpflichtet, ein Drittel der Ihnen auferlegten Kassenbeiträge zu tragen. 3. Für die Aufnahme zum Militärdienst ist es ganz gleichgültig, ob Jemand verheiratet ist oder nicht.

G. S. Glas. Die Schriften „Der Irrgang des Lebens Jesu“ von Dr. Dull und „Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode“ von Bebel sind nicht verboten. Dadurch erledigt sich wohl Ihre zweite Frage.

G. R. Wenn ein Diensthote aus Fahrlässigkeit eine Sache der Dienstherrschaft beschädigt, so muß er den Schaden ersetzen. Ob dieser Schaden in Ihrem Falle wirklich 6 M. beträgt, entscheidet sich unserer Beurteilung.

A. T. Ritterstraße. Geld, welches Ihre Frau vor der Verheirathung verborgt hat, können Sie nur auf Grund einer Vollmacht Namens Ihrer Frau einklagen. Zuvor muß aber, wenn nicht etwas Anderes vereinbart ist, eine vierwöchentliche Kündigung stattfinden. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner jetzt wohnt, und auch dasjenige, in dessen Bezirk Ihre Frau zur Zeit der Eingabe des Geldes wohnte.

H. S. Schlosser. Wenn Ihr Vermieter nicht einen stichhaltigen Grund angeht, aus welchem er Ihnen die Weitervermietung Ihrer Wohnung an einen Anderen unterlagt, so sind Sie berechtigt, ihm die Wohnung an einem der drei ersten Tage des April zu kündigen und am 1. Juli auszugehen. Wenn Sie jedoch nachweisen können, daß Sie durch eine nicht freiwillige Veränderung in Ihrer Person oder in Ihren Umständen, (also z. B. durch den Tod eines Angehörigen, durch Eingehung zum Militär, durch eine erhebliche Verminderung Ihres Einkommens oder dergl.) außer Stand gesetzt sind, von der gemieteten Wohnung fernere Gebrauch zu machen, so können Sie trotz dem Kontrakte zurücktreten und ausziehen, sobald der Wirth ohne erheblichen Grund die Annahme des von Ihnen vorgeschlagenen Miethers verweigert.

Theater.

Sonnabend, den 20. März. Opernhaus. Toni's Schatz. Hierauf: Robert und Bertrand.

Schauspielhaus. Extra-Vorstellung zum Besten der hier in Berlin fliehenden grauen Schweftern: Lebende Bilder mit Chören und Soli aus dem Oratorium: Die Legende von der heiligen Elisabeth, von Franz Listz.

Deutsches Theater. Der Königsleutnant. Wallner-Theater. Gastspiel des Herrn Thomas. Hofmann's Töchter.

Residens-Theater. Frau Doctor, Schwanl in 3 Akten von P. Ferrier u. S. Bocage.

Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. 3 Akterl.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Rigeunerbaron, von Job. Strauß.

Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Willen.

Königsstädtisches Theater. Abracadabra. Central-Theater. Der Stab-Trumpeter.

Victoria-Theater. Resalina.

Ostend-Theater. Maria Stuart.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Raufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15. [851] Heute und folgende Tage:

Der Dämon des Spiels.

Vollstauspiel mit Gesang in 4 Akten. Vor der Vorstellung:

Or. Konzert der Hauskapelle. Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wons haben Montags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Vasage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852] Kaiser-Panorama. II. Abth.: Amerika, Kalifornien, Baden-Weilberg, Konstantin, Wiesbaden u. d. d. Reise. 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Sorben erschienen: [1004] Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage. Chronographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 18. Februar 1886. 1. Heft. — Preis M. 0,30.

Zu haben in unserer Expedition, Zimmerstraße 44.

Grosser Ausverkauf von Porzellanwaaren wegen Geschäftsaufgabe Oranienstr. 85/86.

Arbeiter-Bez.-Verein d. Oranienb. Vorstadt u. d. Wedding.

Montag, den 22. d. M., Abends 8 Uhr: [1050]

Grosse Versammlung

in Klein's Salon, Gerichtsstraße Nr. 10 (Ecke Hochstraße). Tagesordnung: 1) Die Zukunft des Handwerkes. Referent: Herr Wilhelm Soy. 2) Diskussion. 3) Beschlussfassung über die Stellung zur Kommunalwahl. 4) Verschiedenes. 5) Fragelasten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein Restaurant Wienerstraße 31 eröffnen habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch unterstützen zu wollen. F. Mitani. 999

H. Liewald's Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,

Frankfurter Allee 143, empfiehlt sich allen Freunden und Bekannten zur geneigten Beachtung! [642]

Fachverein der Drechsler, Knopfmacher und verwandten Berufsgenossen.

Am Sonntag, den 21. März, Vorm. 10 Uhr, in Jäger's Salon, Grüner Weg Nr. 29, Versammlung. Siehe redaktionellen Theil. [1049] Der Vorstand.

Fachverein der Werkzeugmacher Berlins.

Versammlung am Montag, den 22. d. M., im Lokale des Hrn. Eichholz, Köpenickerstr. 158. Tagesordnung wird dort bekannt gemacht. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt.

Herren- und Knaben-Garderobe

empfehle in gediegenen Stoffen und eleganter Ausführung. [1051] Ganze Anzüge von 15-45 M., Frühjahrs-Heberzieher v. 12-30 M., Hosen von 3-15 M. Auch nach Maß in kurzer Frist.

Ignaz Weiland, Grüner Weg 95, nahe dem Andreaspl.

Preuss. Leihhaus, Bentzstr. 14,

Aktion-Gesellschaft, beleihet Waaren aller Art. [1017] Sophas und Matratzen sowie Polsterwaaren werden gut und aufs Billigste hergestellt. [994] D. Krämer, Lindenstraße 107.

Die Beschuldigungen, die ich über Herrn Wilhelm Benzin ausgesprochen habe, nehme ich als unwarh zurück und erkläre denselben für ehrenhaft. [1060] G. Selig.

Restaurant

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Fehrbellinerstraße Nr. 21 ein Restaurant eröffnen habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch gütigst unterstützen zu wollen. [1059] Hochachtungsvoll A. Klein. Früher Maurer.

Ich empfehle mein Feinwaaren-Geschäft von selbstgefertigten Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln zu soliden Preisen. Bestellungen nach Maß, besonders für Fußleidende, sowie Reparaturen jeder Art werden in kürzester Zeit prompt ausgeführt. [1052] Anton Woyack, Müllerstr. 12a.

Reine Destillation, Bier, Frühkaffee und Billardstube, sowie Bayenhofer u. helles Lagerbier a Glas 10 Pf. empfehle bestens [882] A. Barthel, Rottbuser Damm 68 (Herrmann-Platz 4).

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

eigener Fabrik von C. Hertel, Tischlerstr. Linienstr. 130, dicht a. d. Friedrichstr. Große Auswahl und ganze Zimmer-Einrichtungen wirklich reeller und guter Möbel, in Nußbaum und Mahagoni, Garnituren in Blau, Rosa und Bannastoff. Stoffe liegen zur Auswahl bereit. [815] Theilzahlung gestattet.

C. Str. Schl. 1. 1/2. Reichenbergstr. 167 a. Th. Fensle. Ein Schuhmacher-Beihing w. verl. Blegnitzerstr. 4. Bildh. Lehrf. verl. F. Schmidtchen, Raunstr. 88.